Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zelle in Petitschrift Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 112. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 7. März 1873**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (6. März.)

12 Uhr. Am Ministertisch Camphausen, Graf Eulenburg und mehrere Commissarien.

An das Präsidium ist eine neue Vorlage, von sämmtlichen Ministern gegengezeichnet, gelangt: der mit der großherzoglich mecklenburg-schwerinischen Regierung unter dem 12. October v. J. abgeschlossene Receß über Regulirung der Landeshoheitsgrenze in den Dörfern Suckow, Drenikow, Porep und deren Feldmarken.

Der rasche Verlauf der dritten Lesung des Staatshaushalts für 1873 in der gestrigen Abendsitzung war nur dadurch möglich, daß verschiedene in der zweiten Lesung beschlossene Resolutionen bestreitbaren Inhalts zurückgezogen wurden oder bereits früher von den Specialetats, zu denen sie gestellt waren, abgelöst und als selbstständige Anträge reservirt worden sind. Zu den letzteren gehört die Resolution, die der Abg. Eberty bezüglich der Verwendung der Einkünfte der sächsischen Stifter schon wiederholt und so auch diesmal zum Etat des Cultusministeriums eingebracht hat und die von der Subcommission der Budget-Commission (Referent v. Gottberg) zum Etat der indirecten Steuern eingebrachte Resolution, betreffend die Aufhebung der Kalender- und Zeitungsstempel-Abgabe. Die erstere steht als selbstständiger Antrag auf der heutigen Tagesordnung, die zweite nur deshalb nicht, weil sie durch den inzwischen von dem Abg. Bernard eingebrachten Gesetzentwurf besser ersetzt und zugleich mit ihm erledigt wird.

Die Resolution Eberty's fordert die Staatsregierung auf, den Beschluß des Hauses vom 6. December 1866 zur Ausführung zu bringen: das durch den Friedensvertrag mit Sachsen vom 21. October 1866 (Artikel 20) ihr unbeschränkt überlassene jus reformandi auf die Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz dahin anzuwenden, daß 1) keine neue Anwartschaft ertheilt, und Niemand in den Besitz einer Stelle gesetzt werde (Cabinets-Ordre vom 30. October 1810 § 3), 2) die Einkünfte der genannten Stifter fortan ausschließlich zu kirchlichen und Unterrichtszwecken verwendet werden (Cabinets-Ordre vom 28. Februar 1845).

Abg. Eberty: Die Revenuen der genannten Stifter werden zu Unrecht nicht von Staats wegen verwaltet; sie gehören dem Staate, und die Verwaltung, welche sich jetzt mit ihnen befaßt, ist nicht dazu autorisirt. Diese Stiftungsgelder sind wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung, für Kirchen- und Schulzwecke verwendet zu werden, zuzuführen, denen sie seit uralten Zeiten von Fürsten und Privatpersonen gewidmet waren. Das Vermögen wurde ursprünglich vom Bischof verwaltet, dem noch ein Beamter zur Seite stand. Sie hatten zugleich auch die Pflicht, in Kirche und Schule Dienste zu verrichten; aber bald wurden die officia Nebensache und die beneficia Hauptsache. Die Reformation, welche in diesen Landschaften ihre Wiege hat, suchte die Stiftungen der Kirche und Schule wieder zuzuführen und es wurde auch ein dahin gehendes Decret erlassen, aber bei dem unglücklichen Schicksale des Sachsenlandes kam es nicht zur Ausführung. Erst 1803 erinnerte man sich wieder der Pflicht, das Vermögen für gemeinnützige Zwecke zu verwenden. Dann kam es in Preußen zu dem Edikt von 1810, welches sämmtliche geistlichen Güter säcularisirte. Nun erlangte Preußen diese Landestheile zwar erst 1815, aber es wurden trotzdem diese Stifter säkularisirt. Daß die Regenten Preußens diese Auffassung hatten, bezeugt die Cabinetsordre von 1845. Alle Schwierigkeiten welche sich einer Reform entgegenstellten, sind durch den Frieden vom 21. October 1866 hinweggeräumt. Wollen Sie einer verwaltenden Körperschaft die Befugniß zugestehen das Gut, welches sie verwaltet, für sich in Anspruch zu nehmen im Widerspruch zu dem Rechtsgrundsatze; nemo causam possessionis sibi mutare potest? Einer der Pfründner in Merseburg, der General von Manteuffel, ist auf meiner Seite; er vertheilt seine Einkünfte bis heute als Stipendien und an seine Herrn confratres, die Oberpräsidenten von Münchhausen und v. Witzleben. (Hört! hört! links.)

Die Revenüen belaufen sich auf ungefähr 65,000 Thlr. jährlich, davon werden etwa 7000 Thlr. zur Unterstützung der Gymnasien verwendet; aber die Domcapitel genügen ihrer Pflicht als Patrone so wenig, daß z. B. der Dom in Merseburg seinem Verfall entgegengeht; daß die Lehrer am Gymnasium in Naumburg ein durchaus unangemessenes und kärgliches Gehalt beziehen. Ein grober Mißbrauch ist es, diese reichen Stiftungen in Sinecuren zu verwandeln. Der Herr Commissar wird vielleicht die Richtigkeit meiner Zahlenangaben in Frage stellen, das rührt mich gar nicht; das ist Schuld der Staatsregierung, welche sich ihrer Pflicht schon längst hätte bewußt sein sollen, dieses Vermögen unter die Controle der Landesvertretung zu stellen.

Geh. Rath Forch: Das Edict von 1810 hat auf die sächsischen Domstifter keinen Bezug, denn sie sind erst 1815 erworben. Außerdem bestimmt das Decret von 1803, daß das Vermögen nicht nur für Kirchen und Schulen verwendet werden soll, sondern auch zu andern gemeinnützigen Zwecken (Unterbrechung), oder zur Erleichterung der Finanzen des betreffenden Landesherrn. Die Regierung hat ihre Absicht, dem Beschlusse des Hauses von 1865 entgegenzukommen, unzweideutig an den Tag gelegt. Die Revenüen sind zum großen Theile zur Unterhaltung von Kirchen und Schulen bestimmt worden. Die Regierung hat für das Gymnasium in Merseburg 1200 Thlr., für das in Naumburg 3400 Thlr. ausgesetzt und es ist ihr gelungen, alle Wünsche der Lehrer zu befriedigen. Sie wird in ähnlicher Weise in den nächsten Jahren fortfahren. Seit 1822 ist keine Anwartschaft ertheilt und seit 1864 keine neue Stelle besetzt worden. Die Regierung beharrt bei ihrer Auffassung, daß das Vermögen des Westphälischen Friedens und der Säcularisation von ihr selbstständig ohne Hinzuziehung des Landtages verwaltet werden kann. (Unruhe links.) Sie ist aber geneigt, auf dem vorhin angedeuteten Wege fortzufahren und allen Wünschen entgegenzukommen; sie hält es deshalb nicht für nothwendig, den Beschluß des Jahres 1865 zu neuer Erörterung heranzuziehen.

Abg. Glaser: Die Stiftungen sind ausdrücklich für Kirchen- und Schulzwecke bestimmt. Der hochselige König hat das in der Cabinetsordre von 1845 einem Ministerialbeschluß entgegen anerkannt. Es ist aber seit langer Zeit das Vermögen seinem Zweck entzogen und ich glaube, daß die Zeit gekommen ist, der Kirche das ihr Gehörige wieder zuzuweisen.

Abg. Dr. Witte (Merseburg): Es ist allerdings für die Gymnasien vieles geschehen; die Gehälter der Gymnasiallehrer sind nicht mehr so kärglich, sie sind auf den Normaletat gebracht; aber die technischen, Elementar- und hilfswissenschaftlichen Lehrer sind noch schlecht genug gestellt; einer erhält z. B. am Gymnasium in Merseburg 200 Thlr. jährlich; eine Gehaltszulage wurde ihm in letzter Zeit noch verweigert; der Schuldiener soll sich mit 68 Thlr. Gehalt jährlich behelfen. Auch für die Kirche ist keine Sorge getragen; die Organistenstelle ist mit 175 Thlr., die Küsterstelle mit 105 Thlr. dotirt; die Geistlichen erhalten einen Zuschuß von 300 Thlr., alles gewiß Summen, die den Bedürfnissen und den Mitteln nicht entsprechen. Deshalb möchte ich Sie um Annahme des Antrages Eberty bitten.

Abg. Eberty: Wenn ich die Gehälter der Gymnasiallehrer vorhin kärglich nannte, so galt dies nicht für Merseburg, sondern für ein anderes Gymnasium, das ich nicht nennen will. Der Herr Commissar bezog sich auf den westphälischen Frieden. Der Abg. Waldeck sagte 1868: Vom jus reformandi kann keine Rede mehr sein; Stiftungen, wie das Domcapitel in Merseburg sind entschiedene Staatsinstitutionen, und das Haus kann beanspruchen, bei der Verwaltung hinzugezogen zu werden. Der Abg. Reichensperger-Koblenz stimmte diesen Ausführungen bei.

Der Antrag Eberty's wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Das Haus tritt darauf in die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs ein, den der Abg. Bernards mit 40 Mitgliedern des Centrums, einschließlich des Abg. v. Gerlach, eingebracht hat: Einziger Paragraph. Die von Kalendern, Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigeblättern bisher entrichtete Stempelsteuer wird vom 1. Juli d. J. an nicht ferner erhoben.

Abg. Bernards: Es ist eine alte Klage, die aus diesem Antrag wiedertönt, und ich hoffe, daß sie heute nicht vergebens erschallt. Von der Regierung wurde ein prinzipielles Bedenken gegen die Aufhebung des Stempels in den letzten Jahren nicht mehr erhoben, sondern stets nur auf die Finanzlage des Staates hingewiesen. So geschah es 1871; und bei der letzten Verhandlung im April 1872 wies der Finanzminister auf die Nothwendigkeit hin, zunächst die Steuererleichterung für die unteren Klassen herbeizuführen. Diese wird durch das neue Klassensteuergesetz definitiv. Der Ueberschuß des Jahres 1872 wird sich auf 20, vielleicht auf 25 Millionen Thaler belaufen. Wie leicht ist also der Ausfall der Zeitungs- und Kalender-Steuer gedeckt. — In der gesammten Presse, der unabhängigen, wie der officiösen, hat sich keine Stimme gegen die Aufhebung ausgesprochen. Aber unsere Regierung bedarf bisweilen eines kleinen Anstoßes und ihr Widerstand kann, wenn das Haus mit großer Einstimmigkeit eine principielle Frage entscheidet und wiederholt votirt, überwunden werden. Im Jahre 1870 hat der Kalender- und Zeitungsstempel rund nur 999,000 Thlr. abgeworfen, gegenwärtig 1,200,000 Thaler. Ich bitte Sie, mit frischem Muth und guter Hoffnung an die Berathung dieses Gesetzes heranzugehen. Die Frage interessirt alle Parteien in gleichem Maße, die Steuer bildet eine Fessel, welche den Aufschwung unserer ganzen Presse lähmt. Bei unserer so überaus günstigen Finanzlage ist es unmöglich, eine solche Steuer noch länger aufrecht zu halten. (Beifall.)

Abg. Berger (Witten): Ich stelle den Antrag, das Datum der Aufhebung bereits auf den 1. April statt auf den 1. Juli c. zu setzen und bin überzeugt, daß der Finanzminister im innersten Herzen mit diesem Amendement einverstanden ist. Die Abschaffung einer Steuer auf Unterricht und Bildung discutirt man nicht, man decretirt sie. (Beifall.) Ihre Geschichte lehrt, daß sie das illegitimste Kind ist, das die Gesetzgebung jemals gezeugt hat. Entstanden 1810 zur Zeit der größten Finanznoth, reformirt im Jahre 1822, wurde sie aufgehoben am 1. Januar 1849 auf Grund des Artikel 24 der octroyirten Verfassung. Nachdem die Revisionskammern den Art. 24 in die jetzige Fassung gebracht, wurde die Steuer am 16. Januar 1852 vom damaligen Finanzminister Bodelschwingh wieder eingebracht, einzig und allein auf Grund der schlechten Finanzlage des Staates. In die Commissionssitzung, die über das Gesetz berieth und deren Vorsitzender der Abgeordnete v. Bonin war, schickte der Ministerpräsident v. Manteuffel den damaligen Chef des Preßbureaus Dr. Ryno Quehl. Dieser erklärte die Sache für eine eminent politische, die Zeitungsschreiber seien eine sehr bedenkliche Sorte, er habe selbst früher dazu gehört. Er war bekanntlich 1848 Redacteur des damals sehr radicalen „Danziger Dampfboots". Die Steuer wurde damals auf 120,000 Thaler veranschlagt und vom Hause mit der geringen Majorität von 153 gegen 113 Stimmen angenommen. Zu denen, die dagegen stimmten, gehörte der gegenwärtige Finanzminister Camphausen. (Hört!) Sie sehen also, daß die Abneigung gegen diese Steuer im Herzen des Finanzministers schon seit mehr als 20 Jahren schlummert und ich hoffe, er wird dieser Abneigung heute Ausdruck geben. (Heiterkeit.) Unter dem 6. März 1861 legte der Finanzminister v. Patow sodann einen Entwurf vor, der die Reform der Zeitungssteuer vom Jahre 1852 zum Zweck hatte. Auch er führte nur die finanzielle Lage des Staates als Motiv gegen die Aufhebung vor. Damals war schon die Zeitungssteuer von 120,000 Thlr. ganz gemüthlich auf 430,668 Thlr. gestiegen. Herr Geheimrath Wagener, damals Chef der conservativen Partei, erklärte in der Plenarberathung wörtlich: „Der Theil der Reaction, den ich repräsentire, ist niemals ein Freund dieses Gesetzes gewesen, wir haben dieses Gesetz stets bekämpft."

Wenn auch Herr Wagener gegenwärtig nicht mehr Chef der conservativen Partei dieses Hauses ist, hoffe ich doch, wird die letztere in dem nämlichen Geiste wie ihr damaliger Chef für die Aufhebung dieser Steuer stimmen. Herr v. Vincke forderte damals die Aufhebung, weil namentlich der arme ungebildete Mann Zeitungen lesen müsse"; aber wie das in der Kammer der neuen Aera Regel war, er lehnte schließlich den Entwurf des Herrn v. Patow nicht ab, sondern bewilligte ihn einfach „mit Rücksicht auf die financielle Lage des Landes". Aus diesem Blick auf die Vergangenheit der Zeitungssteuer werden Sie ersehen, daß dieselbe in der That das illegitimste Kind der Steuergesetzgebung ist. Aus den damals bewilligten 120,000 Thlr. sind jetzt 1,200,000 Thlr. geworden, wie der Herr Antragsteller mittheilt, und der Herr Finanzminister hat den Ertrag dieser Steuer schon früher auf ein „kleines, rundes Milliönchen" geschätzt. — Nur in einem Sinne kann ich, und zu meinem Vergnügen, mit dem Herrn Vorredner nicht übereinstimmen. Im nächsten Jahre werden diejenigen, welche für Beibehaltung der Steuer stimmen, eine verschwindende Minorität bilden. Im nächsten Herbst kommt ja an uns alle der Augenblick heran, von dem es später heißen wird: afflavint elector et dissipati sunt. — Mit Bezug auf den financiellen Punkt brauchen wir bei dem Ueberfluß an Geld, in dem wir schwimmen, die Frage nicht so ernsthaft ventiliren. Wenn der Herr Finanzminister 900,000 Thlr. weniger einnimmt, so ist das bei der Fülle an Geld gar nicht zu spüren, da er allein durch die Schuldentilgung von 12½ Millionen jährlich ½ Million an Zinsen erspart. Schließen Sie sich dem Antrag Bernards mit dem von mir vorgeschlagenen Termin an und Sie werden sich um Volksbildung und Volksunterricht verdient gemacht haben. (Beifall links.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe eigentlich gehofft, daß durch eine Erklärung vom Ministertische her jede Erörterung hier im Hause überflüssig werden würde, Ich habe mit Zuversicht gehofft, daß die Regierung erklären würde: wir werden selbst einen Antrag der Art einbringen oder den gestellten acceptiren. Zu meinem Bedauern herrscht am Ministertisch ein tiefes Schweigen. Wir haben uns in der vorigen und gegenwärtigen Session bemüht, nach allen Seiten hin Erleichterungen zu machen, überallhin es empfinden zu lassen, daß die Verhältnisse unserer Finanzen besser geworden. Für die Presse ist nichts geschehen; das Preßgesetz besteht fort und wird in einer Weise gehandhabt, die ich nicht billigen kann. Die Auflagen sind dieselben, und wie der Abg. Berger soeben noch dargelegt hat, sehr gestiegen. Hat die Presse das verdient? Ich bin nicht blind gegen die Fehler der Presse, gegen ihre Ausschreitungen, aber ich habe die Ueberzeugung, daß diese Mängel und Ausschreitungen nur beseitigt werden können, indem wir die möglichste Freiheit herstellen. (Sehr wahr!) Die Gegensätze im politischen Leben sind überhaupt nur auszugleichen auf dem Boden der Freiheit; auf jedem andern Boden wird der eine den andern unterdrücken, je nachdem er die Gewalt hat und die Gewalt wechselt. Die Revision des Preßgesetzes kann hier nicht vorgenommen werden, das wird Aufgabe des Reichstags sein. Was hier vorgenommen werden kann, ist dasjenige, was in dem Antrage des Abgeordneten Bernards enthalten ist. Die Steuer — das geht aus ihrer Geschichte hervor — ist aus finanziellen Gründen entstanden. Diese dauern nicht mehr fort. Bei einem Ueberschuß von 20 Millionen und bei dem Goldregen aus Frankreich wäre es thöricht, darauf sich berufen zu wollen. Es müssen also, wenn die Regierung ein so beharrliches Schweigen festhält, andere Gründe sein. Ich glaube in der That, es sind politische Gründe und vor Allem Gründe der Concurrenz. (Sehr wahr!)

Ich bin der Meinung, daß die Regierung in der Presse ihre Thätigkeit geltend zu machen hat. Ich billige deshalb vollständig, wenn die Regierung in der Presse sich vertreten läßt. Das muß aber so geschehen, daß Jeder weiß, in diesem Organ spricht mit diesem Artikel die Regierung und es darf nicht geschehen in der Weise, daß man in Blättern, von denen der Leser glaubt, sie seien unabhängig, so einige Kuckukseier für die Regierung hineinlegt. Diese Einschmuggelung der Anschauungen der Regierung in solche Art Blätter bringt eine Verwirrung, eine Täuschung hervor, die ich einen öffentlichen Betrug nenne. (Sehr wahr!) Ich habe daher früher der Regierung die Fonds für ihre Presse bewilligt: nachdem ich aber gesehen, daß man sich in einer von mir niemals zu billigenden Weise ein Maß von Geld verschafft hat, über das Niemand Rechnung gelegt wird (Abg. Richter: Reptilienfonds!), und daß man dieses Geld braucht, um die Presse in einer Art zu handhaben, die man geradezu Corruption nennen muß, da habe ich die Bewilligung nicht mehr aussprechen können, und habe darüber nachgedacht, wie es möglich sei, dieser Art Vorgehen entgegenzutreten. Ich bin zu der Antwort gekommen, diesem Unwesen kann nur entgegengetreten werden, indem man die Presse frei macht von den Fesseln der Polizei und von dem Drucke, den die Finanzverhältnisse auf sie üben. Einem solchen Preßconcurrenten gegenüber, wie die Regierung sich der Presse gegenüber hingestellt hat, einem Concurrenten gegenüber, wie er sich in neuer Gestalt entwickelt hat in der Association des Capitals, so daß man sagen kann, es giebt beinahe kein erhebliches Finanzgeschäft, welches nicht seine Blätter kauft und gründet und vermittelst dieser Presse in seinem Interesse in einer Weise arbeitet, die nicht immer die Interessen des Volkes im Allgemeinen sind, solchen Concurrenten gegenüber ist es nothwendig, daß wir, um nicht erdrückt zu werden, die Presse frei machen von der Polizei und von dem Finanzdruck.

Nur dadurch wird es möglich sein, daß unabhängige Blätter sich gründen, sich erhalten. Nur so können auch mit schwächeren Kräften die Minoritäten sich gegen überwältigende Majoritäten vertheidigen. Der Antrag hat also für mich wesentlich die Bedeutung, in dem großen, die Welt bewegenden Kampf der Geister für alle gleichen Wind, gleiche Luft und gleiche Sonne zu schaffen. Daneben hemmt aber in der That der finanzielle Druck die wirklich gute Entwickelung der Presse wesentlich. Wie unvortheilhaft steht die Presse bei uns in Bezug auf Papier und Druck gegen die Presse in Frankreich, Belgien und Oesterreich. In welcher beängstigenden Lage befinden sich so viele Männer, die ihre Kräfte der Presse widmen! Wer sich mit diesen Verhältnissen bekannt gemacht hat, weiß, wie schwer die Arbeit ist, welche diese Männer verrichten, wie sie vom Morgen bis in die tiefsinkende Nacht unaufhörlich thätig ihre Kräfte aufreiben, dennoch aber sicher nicht so viel verdienen, um ihre Existenz zu sichern. Sicher verdienen sie nicht einmal so viel, um für ihre kranken und schweren Tage, wo sie nicht mehr arbeiten können, zu sorgen, nicht so viel, um ohne irgend welche Bekümmerniß auf das Loos der Ihrigen zu sehen, und doch werden wir darüber nicht zweifelhaft sein können, daß diese Männer vor Allen unsere Theilnahme verdienen. Sie sind die Volkslehrer im eminenten Sinne des Wortes — ich habe eigentlich etwas Bedenken es zu sagen, weil ich fürchte, der Cultusminister würde sie dann examiniren lassen wollen. (Heiterkeit.) Dieselben sind es aber doch in Wahrheit, und es muß uns daran liegen, daß diese Männer ein gutes Auskommen haben, damit sie nicht den Versuchungen unterliegen, welchen Jeder unterworfen ist, der mit der Noth kämpft. In unserm Lande hat überhaupt zu meinem Bedauern es noch nicht dahin gebracht werden können, daß die Männer, welche die Presse vertreten, welche in derselben arbeiten, überall die Anerkennung und die sociale Stellung gefunden haben, welche ihnen unzweifelhaft gebührt, und welche ihnen in anderen freien Ländern gewährt wird.

Daran liegt es zum Theil, daß wegen dieser nicht richtigen Stellung in materieller und socialer Hinsicht so manche Ausschreitung in den Blättern vorkommt die sicher nicht vorkäme, wenn die verschiedenen Arbeiter in der richtigen Lage sich befänden, So sehr ich, ich wiederhole das, auch geneigt bin, anzuerkennen, daß hier und da Ausschreitungen stattfinden, daß wir über dieses und jenes bei der Presse zu klagen haben, so haben wir, denke ich, uns doch auch zu vergegenwärtigen, was sie geleistet hat. Sie hat wesentlich beigetragen, die allgemeine Bildung zu fördern, sie hat vor allem es ermöglicht, daß in weiteren Kreisen das parlamentarische Leben eine tiefere Wurzel geschlagen hat; sie hat mit Unverdrossenheit unsere Verhandlungen dem größeren Auslande vermittelt, und, was ich noch höher anschlage, sie hat sehr oft unbarmherzig unsere Verhandlungen kritisirt, und das thut uns gut. (Sehr wahr! links. Heiterkeit.) Dann hat außerdem die Presse in den Zeiten, wo das Vaterland in Gefahr gewesen ist, wesentlich dazu beigetragen, den Enthusiasmus des Volkes anzuregen, und ich denke, wenn nach allen Seiten hin von den Erfolgen, die wir errungen haben, Wohlthaten ausgestreut werden; dann ist es nothwendig, daß auch die Männer der Presse, welche zu diesem Resultate wesentlich beigetragen haben, endlich auch berücksichtigt werden. Aus allen diesen Gründen bin ich der Meinung, wir sollen wenigstens das Kleine thun, was wir heute thun können und diese Steuer aufheben. Ich hoffe noch jetzt, daß die Regierung das Schweigen brechen und sagen wird, es wird geschehen. (Beifall.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg. Der Standpunkt, von dem aus die Regierung sich dem Antrage gegenüberstellt, ist nicht sowohl ein politischer, als vielmehr der der allgemeinen financiellen Rücksicht. Wir würden augenblicklich nicht in der Lage sein, wenn die Zeitungssteuer nicht bestände, Ihnen etwa aus politischen Rücksichten die Einführung dieser Steuer zu proponiren. Wir stellen die Beurtheilung darüber frei, ob die Einführung der Stempelgesetzgebung für Zeitungen überhaupt eine richtige Maßregel war oder nicht. Wir stellen uns auf den Standpunkt, daß sie augenblicklich existirt, daß sie einen Betrag von ungefähr einer Million abwirft und fragen uns, ist es zweckmäßig, ist es nothwendig, grade schon in diesem Augenblick auf den Fortfall der Steuer hinzuwirken. In Bezug auf unsre financiellen Zustände, glaube ich, geben wir uns nach manchen Richtungen gewissen Illusionen hin, nach manchen Richtungen hin beruhigen wir uns mit Maßregeln, die wir einstweilen zur Abhilfe bestehender Nothstände ergriffen haben, ohne uns klar zu werden, daß das nur die Anfänge von viel größeren Bedürfnissen sind, die nach und nach eintreten. Ich glaube also, daß, wenn man in einem Jahre einen Ueberschuß von 20 Millionen gehabt hat, daraus keineswegs hervorgeht, daß diese Ueberschüsse jedes Jahr im Betrage von 20 Millionen bleiben werden. Und von Jahr zu Jahr haben wir uns überzeugen müssen, daß Alles, was wir für Beamte, für Lehrer, für sonstige Bedürfnisse des Staates thun, wirklich vor der Hand nur Anfänge sind, und daß, um befriedigende Zustände herbeizuführen, noch ganz andre Summen dazu gehören werden, als diejenigen, die mit Zustimmung des Landtags in der diesmaligen Session bewilligt worden sind.

Ich erinnere an ein Bündniß, das mein Ressort wesentlich berührt, das sind die Bauten, welche wir rückständig haben, der Mangel an öffentlichen Gebäuden, die würdig sind den Zwecken zu dienen, zu denen sie bestimmt sind. Es werden da noch Summen in Frage kommen, die vielleicht erschreckender sind, als Sie sich im Augenblick vorstellen. Ist es nun aber richtig, eine Steuer abzuschaffen, welche nach der Ansicht der Staatsregierung nicht drückend ist? Ich lasse die Argumente, die dafür angeführt worden sind, daß die Abschaffung dieser Steuer ein dringendes Bedürfniß sei, doch nicht vollständig gelten. Also erstlich sagen Sie, auf dem ganzen Gebiet der Steuergesetzgebung gäbe es kein solches Monstrum wie die Stempelsteuer für die Zeitung, sie sei das illegitimste Kind. Ja, illegitime Kinder können noch sehr unbequem werden (Große Heiterkeit!), aber man hat deshalb kein Recht, sie aus der Welt zu schaffen (Heiterkeit!), Wenn Sie sagen, die Presse meine einstimmig, die Stempelsteuer müsse abgeschafft werden, so gebe ich das zu. Das Feuer in dieser Beziehung kommt aus dem Centrum und von beiden Flügeln, „Kreuzzeitung", „Germania", demokratische Blätter (Oho! links, Ruf: liberale Blätter!) also auf der ganzen Linie. Das erinnert mich nur daran, daß Jemand vor Jahren im Hohen Hause oder in der Presse gesagt hat: ja, die Presse, wenn es sich darum handelt, ultraconservative oder gemäßigte oder demokratische Presse, so ist sie immer viel mehr Presse, als ultraconservativ, demokratisch oder sonst etwas." Diese Rücksichten haften an der Presse und können auf politische Entscheidungen nicht von Wirksamkeit sein. Ist es aber richtig, daß die Steuer, da sie einmal besteht, nicht drückend ist, daß sie nicht zu denen gehört, zu deren Fortschaffung ein augenblickliches und dringendes Bedürfniß vorliegt, dann darf die Regierung Sie nur ersuchen, vor Annahme des Antrages die Sache zu überlegen und mit einer gewissen Vorsicht zu verfahren. Weiter wünscht die Regierung von Ihnen nichts. Sie hält es für zweckmäßiger und vorsichtiger, die Abschaffung der Steuer jetzt noch nicht zu verlangen. Und fragen Sie mich, warum ich diese Erwägungen ausspreche, und nicht der Finanzminister, so will ich damit zeigen, daß diese Erwägungen nicht nur vom Herrn Finanzminister, sondern vom ganzen Staatsministerium ausgehen, welches Ihnen anräth, bei Fassung Ihres Antrags vorsichtig zu sein. (Beifall rechts.)

Abg. Reichensperger (Coblenz): Wenn es in der That financielle Bedenken sind, welche die Regierung gegen den Antrag Bernards einnehmen, so bleibt es trotz der bezüglichen Bemerkung des Ministers wunderbar, daß er und nicht der Finanzminister sie geltend macht. (Sehr richtig!) Ich möchte deshalb noch bescheidene Zweifel an der Richtigkeit dieser Motive hegen. Der Minister sprach von einer Verbesserung der Lage der Beamten und Lehrer; mir fiel dabei ein, daß wir immer vom Ministertisch ermahnt werden, nicht voreilige Hoffnungen im Volke zu erregen; der Minister hat diese Mahnung diesmal wohl selbst nicht beherzigt. Wenn er aber wirklich die Absicht hat, die Lage der Beamten und Lehrer zu verbessern, so werden wir ja gewiß nichts dagegen haben, aber ich möchte doch daran erinnern, daß es endlich an der Zeit ist, etwas für das Volk zu thun. Die Kalender- und Zeitungssteuer lastet aber sehr schwer gerade auf den untern Klassen des Volkes. Denn ein Kalender ist auch dem Niedrigsten unentbehrlich, so unentbehrlich fast, wie das Salz. Ich wünsche eine loyale Concurrenz in der Presse, die jetzt nicht existirt, denn jetzt wird ein großer Theil der-

selben aus unbekannten Fonds gefüttert. Deshalb stimme ich für den Antrag Bernards.

Abg. Dr. Braun (Waldenburg): Aus der Rede des Ministers habe ich ein Nein für immer nicht vernommen. Abgesehen von dem Aperçu über die illegitimen Kinder, das wohl als geistreiche Bemerkung, weniger als Argument Werth hat, machte mir seine Rede vielmehr einen unbestimmten Eindruck, den Eindruck einer dilatorischen Behandlung der Frage, wie sie einem Benedetti gegenüber am Platze sein mag, aber nicht gegenüber der Volksvertretung, die durch ihr Votum zeigen wird, daß sie nicht gesonnen ist, sich dergleichen gefallen zu lassen. Der Minister hat uns gesagt, einführen würde die Regierung die Steuer nicht, aber sie wolle sie nicht abschaffen, nachdem sie einmal bestände. Das ist denn doch ein zu starkes Betonen des Gesetzes der Trägheit, und wenn das fortgesetzt wird, wird sich das Volk bald zu der pessimistischen Ansicht bekennen: Alles was besteht, ist werth, daß es zu Grunde geht! (Sehr richtig!) Der Minister hat ferner gesagt, wir sollten uns nicht Illusionen über unsere Finanzen hingeben; nun, das thun wir auch nicht, wir haben weder optimistische noch pessimistische Illusionen. Hätten wir uns zur Zeit des Deficitschreckens von den letzteren umrennen lassen, wir hätten heut ein Dutzend neuer und drückender Steuern mehr. Wir sind aber auch nicht zu optimistisch; wir halten uns einfach an die Thatsache, daß der Staat augenblicklich eine großartige Schuldentilgung vornimmt, an die Thatsache, daß er dann noch 7¼ Millionen Ueberschuß übrig behält, an die Thatsache, daß bei der Finanzlage des Reichs Matricularumlagen nicht zu erwarten sind, an die Thatsache, daß unser Staat weitaus die blühendsten Finanzen hat, so daß wir statt von Schuldentilgung lieber sprechen sollten von Capitalanhäufung. (Sehr gut!) Und auf Grund dieser Thatsachen verlangen wir die Aufhebung der Zeitungssteuer.

Der Minister hat von einer Gehaltsaufbesserung der Lehrer gesprochen, bekanntlich einer sehr populären Sache, aber wenn er sie hier nur vorbringt, um die gerechteste Forderung von der Welt abzuweisen, so scheint mir das doch ein Mißbrauch der Popularität (Zustimmung), die Männer der Presse sind auch Lehrer des Volks. Oeffentliche Bauten werden immer nothwendig sein, aber sie werden nicht in einem Jahre, sondern successive gebaut. Mich erinnert dies Argument des Ministers an die Aeußerung eines hiesigen, bekannten Volkswirths: Wenn ich besseres Pflaster in Berlin haben will, muß ich mir einen Hund halten, denn der Ertrag der Hundesteuer wird zur Verbesserung des Pflasters benutzt (Heiterkeit). Der Minister sagt, die Steuer sei nicht drückend, aber die Techniker, die es am Ende doch wissen müssen, sagen, sie sei ganz außerordentlich drückend. Jedenfalls erfordert sie bei einer Zeitungsgründung von vornherein ein so großes Capital, daß große Minoritäten im Volk sich deshalb in der Presse gar nicht vertreten lassen können. Der Minister sagt ferner, die Presse der verschiedensten, politischen Richtungen sei in erster Reihe Presse und erst in zweiter conservativ, liberal, demokratisch u. s. w. Das ist in gewissem Sinne richtig: aber die Regierung hat selbst diese Solidarität der Presse hervorgerufen, indem sie alle Blätter in gleicher Weise zu Leidensgenossen gemacht hat. Es ist ja unbestreitbar, daß das Preßgesetz und die Zeitungssteuer aus einer Zeit stammen, in welcher man die Presse von oben mit sehr mißgünstigen Augen betrachtete. Aber die Presse hat gezeigt, daß sie dieses Mißtrauen nicht verdient hat; während der großen Krisen der letzten Jahre haben sich keine deutschen Zeitungen so patriotisch, so opferwillig und so klug gezeigt, wie gerade die preußischen. (Sehr gut!)

Lesen Sie doch die Vorrede zu dem Rapport militaire des Oberst Stoffel! Dort wird erzählt, wie die französische Presse während des Krieges ihr Parteigezänk nicht unterlassen, wie sie in unvorsichtiger Weise militärische Nachrichten verrathen, wie sie es vorgezogen habe, den Kampf Aller gegen Alle zu schüren anstatt des gemeinsamen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind. Diesem abschreckenden Bilde stellt der Verfasser dann die preußische Presse gegenüber. Er rühmt ihr nach, daß sie während des Krieges alle inneren Differenzen vertagt, daß sie einmüthig den Erfolg der deutschen Waffen gepriesen, daß sie jede Nachricht unterdrückt habe, wenn sie nur im Geringsten Anlaß gehabt habe, zu glauben, daß die Veröffentlichung derselben der deutschen Sache schaden könne. Und Angesichts dieses Urtheils des Auslandes sollen so komische Antiquitäten, wie diese Zeitungssteuer conservirt, sollen die Scherereien und Quälereien gegen die Presse, wie Herr von Vincke einmal die Maßregelungen der öffentlichen Meinung durch Scherer und Quehl nannte, fortgesetzt werden! (Sehr gut!) Wenn Sie Kriegsdotationen geben, so vergessen Sie vor Allem nicht die Presse. Herr Windthorst sprach von einem Redacteur-Examen, ich weiß nicht, ob er es hoffe oder fürchtet, ich glaube das Letztere. Aber das ist wirklich nicht nöthig. Die Herren examiniren sich schon unter einander scharf genug und dann haben sie eine große und sehr strenge Prüfungsbehörde im Publikum. Eine besondere Excommunicationscommission ist wirklich überflüssig (große Heiterkeit); ich meine Examinationscommission.

Halten wir uns doch an den Leitfaden der Geschichte! Friedrich der Große schrieb in einer Cabinetsordre: Gazetten dürfen nicht genirt werden; die Verfassung schrieb vor 25 Jahren: Gazetten sollen nicht genirt werden; wir müssen heute sagen: Gazetten können nicht genirt werden. (Sehr gut!) Unsere Macht reicht nicht aus, die öffentliche Meinung, die sich in der Presse verkörpert, zu unterdrücken; deshalb ist es besser, mit ihr Frieden zu machen. Wir können sie nicht bewältigen; deshalb thun wir klüger, sie nicht erst zu reizen und von vorn herein die Milch der frommen Denkungsart in gährend Drachenblut zu verwandeln. Wie steht es denn auch mit der officiösen Presse? Ich bin in die Geheimnisse des Reptilienfonds nicht eingeweiht, aber es steht doch fest, daß er benutzt wird zu Preßagitationen. Da giebt die Regierung mit einer Hand diesen Blättern und mit der anderen nimmt sie ihnen. Ich werde für den Antrag Bernards und auch für das Amendement Berger stimmen; ich bitte Sie, stimmen Sie für den Gesetz-Entwurf und nicht für die Resolution; Resolutionen haben wir schon gefaßt, mehr als nöthig. (Lebhafter Beifall.)

Der Finanzminister: Ein Vorredner hat an ein Votum erinnert, das ich vor mehr als zwanzig Jahren abgegeben habe; wenn ich in der Lage wäre, würde ich heute genau ebenso stimmen. Die Regierung würde Ihnen jetzt unter keinen Umständen die Zeitungssteuer proponiren, aber es sind zwei wesentlich verschiedene Dinge, eine Steuer einführen und eine Steuer aufheben. Zu letzterem gehört die Zustimmung aller drei Factoren der Gesetzgebung und ich lasse dahin gestellt sein, ob das andere Haus dem Antrag Bernard's zustimmen wird. Für mich ist die erste Erwägung, welche den bestehenden Steuern am drückendsten ist und ich muß daran erinnern, daß ich in meiner vom Abg. Bernards theilweise verlesenen Erklärung vom 20. April 1872 ausdrücklich gesagt habe, daß ich vor Zustandekommen des Klassensteuerreformgesetzes eine Aufhebung der Zeitungssteuer für völlig ungerechtfertigt halte; diese Vorbedingung ist auch heute noch nicht erfüllt (Oh! Oh!); das Steuergesetz hat noch nicht alle Instanzen durchgemacht. Es ist ferner erinnert worden an den Ueberschuß von 20 Millionen. Dem gegenüber erinnere ich daran, daß wir die Mehrausgaben im Ordinarium des Etats von 1873 um mehr als zwölf Millionen gesteigert haben. Daraus ziehe ich nicht den Schluß, daß es unmöglich sei, für 1873 und vielleicht auch für die folgenden Jahre auf die Einnahme aus der Zeitungssteuer zu verzichten. Was sollte das für ein Finanzminister sein, der davor zurückschrickt, wenn ihm in einem Jahre 600,000 Thlr. — oder nach dem Berger'schen Amendement 900,000 — entgingen, auf die er gerechnet hatte! Solche Kleinigkeiten haben wirklich keinen Einfluß auf unsere Finanzlage. (Hört!)

Aber wenn Sie jetzt decretiren wollen: „wir heben die Zeitungssteuer auf", so heben Sie für alle Zukunft eine Einnahmequelle auf. Da leugne ich nun nicht, daß es noch näher liegende Bedürfnisse zu befriedigen geben kann, als die Aufhebung dieser Steuer sein würde. Erinnern Sie sich doch, daß wir neuerdings den Staatshaushalt unter Ihrer vollen Zustimmung mit 4 Millionen Thaler dauernder Ausgaben für die Provinzialfonds und die Kreisordnung belastet, daß wir große Mehrbewilligungen für das Schulwesen, für Unterrichtszwecke u. s. w. gemacht haben. Aus alledem ziehe ich nicht den Schluß, daß ich unbedingt den Satz hinstelle: auch wenn es der Wille der Landesvertretung ist, diese Steuer aufzuheben, kann die Regierung absolut nicht zustimmen, aber ich kann die Situation auch keineswegs so angethan finden, daß uns nun plötzlich hier zugemuthet wird, ehe noch andere dringende Zwecke sicher gestellt sind, dauernd auf die Steuer zu verzichten. Ich schließe mich dem Rathe meines Collegen an, daß Sie die Sache mit Vorsicht und reiflicher Ueberlegung betreiben mögen.

Abg. Richter (Hagen): Ich hätte am wenigsten erwartet, daß der Finanzminister aus finanziellen Gründen sich gegen den vorliegenden Antrag erklären würde. Er hat nämlich zu erwähnen unterlassen, daß von unseren 12 Millionen Ueberschüssen 7¾ Millionen zu außerordentlichen Schuldentilgungen verwendet werden sollen; also sollten wir selbst in künftigen Jahren 7¾ Millionen weniger an Einnahmen haben, so brauchten wir nur von der außerordentlichen Schuldentilgung abzusehen und hätten immer noch hinreichende Mittel zu Bau-, Provinzial-, Kreis- und Schulzwecken. Die Reichsfinanzen befinden sich übrigens in gleich günstiger Lage, wir haben aus den Zöllen allein 12 Millionen Thaler Ueberschüsse und werden, so weit wir die Sachlage jetzt übersehen können, ein Plus von mehr als 15 Millionen im Ganzen haben. (Hört! Hört!) Es muß außerdem erwähnt werden, daß die Einnahmen des Januars dieses Jahres bereits beträchtlich die des Vorjahres aus demselben Monate übersteigen, daß also vorläufig an Mindereinnahmen nicht zu denken ist. Nun hat der Finanzminister die Stellung des Herrenhauses zu dem Klassen-, Schlacht- und Mahlsteuergesetz und zu dieser Vorlage in sehr unglücklicher Weise in Zusammenhang gebracht und so gewissermaßen dem Herrenhause eine Prämie für die Ablehnung des Klassensteuergesetzes zugesagt. Ich höre aus alledem nur das Nein der Staatsregierung heraus. Dies beweist für mich, daß das Ministerium Bismarck-Roon sich zu schwach fühlt, mit einer freien Presse zu regieren. (Große Unruhe rechts und Zustimmung links.)

Hiermit ist die erste Lesung geschlossen. Nachdem der Antragsteller auf das Wort verzichtet und das Haus die Verweisung der Vorlage an eine Commission abgelehnt hat (dafür nur die Rechte) wird sofort in die zweite Berathung getreten. In derselben ergreift nur das Wort der

Abg. v. Gottberg: Es ist eine eigenthümliche Art und Weise, die Finanzen zu behandeln, wenn man gestern das Etatsgesetz definitiv annimmt und heute eine sehr bedeutende Einnahme desselben Budgets absetzt. Es ist meiner Partei nie eingefallen, diese Steuer mit politischen Gründen zu vertheidigen, sondern wir sind gegen ihre Beseitigung gewesen, weil die Regierung aus finanziellen Gründen sie nicht entbehren zu können glaubte. Diesen ex abrupto gestellten Antrag kann ich nicht billigen, würde aber ebenfalls einer Resolution beistimmen, in der die Absetzung der Steuer für das nächste Jahr empfohlen würde. Weil nun der Finanzminister zur Zeit nicht auf die Steuer verzichten kann, gleich sagen, das Ministerium Bismarck-Roon sei zu schwach, mit einer freien Presse zu regieren, das scheint mir denn doch übertrieben. Daß in Preußen die Presse frei ist, ist doch zweifellos. (Lebhafter Widerspruch.) Sie befindet sich im Zustande völliger Freiheit (wiederholter Widerspruch), denn diese Steuer hindert doch keinen Menschen, zu drucken, was er will. Herr Braun hat auf die patriotische Haltung der Presse während des Krieges hingewiesen, nun, ich glaube, es wäre eine Beleidigung für unsere Presse gewesen, von ihr eine andere Haltung nur zu vermuthen (Beifall rechts) aber diese Haltung hat das gesammte Volk bewahrt, ohne dafür eine Belohnung zu beanspruchen, wie sie Herr Braun der Presse zu Theil werden lassen will. Derselbe Abgeordnete hat diese Steuer eine komische Antiquität genannt, wir haben noch mehr solcher Antiquitäten, die ihm vielleicht komisch vorkommen werden. Ich denke meinestheils dabei an die Grundsteuer, nur mit dem Unterschiede, daß dabei unsern Bauern gar nicht komisch, sondern sehr ernst zu Muthe. Bestechungen der Presse, auf die Herr Braun angespielt hat, werden nach wie vor Aufhebung der Steuer vorkommen; wie ich denn auch überzeugt bin, daß nachher die Zeitungen nicht um einen Silbergroschen billiger, noch ihr Papier oder ihr Inhalt besser werden wird. (Gelächter.)

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der einzige Paragraph der Vorlage mit 202 gegen 123 Stimmen angenommen. (Dagegen die Conservativen und die Freiconservativen; Abg. Rickert hat sich der Abstimmung enthalten.) Abg. Berger hat, um auf den Hauptantrag eine möglichst große Anzahl von Stimmen zu vereinigen, vor der Abstimmung sein Amendement zurückgezogen.

Damit ist die zweite Berathung des Gesetzes erledigt, worauf das Haus um 3¾ Uhr die Vertagung beschließt.

Der Präsident setzt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, Freitag 11 Uhr, die dritte Berathung des Klassen-, so wie des Schlacht- und Mahlsteuergesetzes, ferner eine große Anzahl kleinerer Vorlagen, und endlich als letzten Gegenstand die zweite Berathung des Entwurfs, betreffend die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen.

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt den letzten Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen, da er es für unzulässig hält, in die Berathung der betreffenden Vorlage einzutreten, ehe die Verfassungsänderung durch Se. Majestät den Kaiser und König publicirt ist. Die Verfassung ist als das Staatsgrundgesetz besonders wichtig, und wir schwören ausdrücklich, sie zu beobachten, obwohl wir solches auch jedem anderen Gesetze schuldig sind. Es hat das nicht blos einen formellen, sondern auch einen inneren Grund, was ich um so mehr betonen muß, als diese Verfassungsänderung nicht aus der Initiative der Krone hervorgegangen, sondern nach den Beschlüssen einer von Ihnen niedergesetzten Commission vom Hause angenommen worden ist. Noch wissen Sie nicht, was das Herrenhaus, und am wenigsten, was die Krone dazu sagen wird. Ihre Worte sind hier die wichtigsten, und sollte der König Bedenken tragen, diese tief eingreifende Veränderung zu genehmigen, so dürfen wir durch die Fortberathung dieser Gesetze die Krone in Bezug auf ihre Bedenken in keine moralische Zwangslage versetzen.

Wir sind nicht berechtigt anzunehmen, daß das Herrenhaus die Verfassungsänderung unverändert genehmigen wird schon aus dem Grunde, weil die ursprünglichen Propositionen unseres Referenten von den hier gefaßten Beschlüssen nicht unerheblich abweichen. Ich werde mir ferner erlauben, bei Berathung der Gesetze nachzuweisen, daß dieselben auch mit der hier beschlossenen Verfassungsänderung in Widerspruch stehen, und ich werde diesen Beweis ohne Zweifel mit größerem Erfolg führen können, wenn das Herrenhaus erst berathen haben wird, überzeugt, daß die Interpretationen und Motive dieses Hauses anders lauten werden, als die Ihrigen. Vor Allem aber muß ich auf die fehlende Sanction des allerhöchsten gesetzgebenden Factors, auf dessen Anschauung ich vor Allem Gewicht legen muß, Gewicht legen. Daneben sprechen auch Zweckmäßigkeitsgründe, ich möchte sagen, Gründe des öffentlichen Anstandes, für die Absetzung dieses Gegenstandes. Es brennt ja nirgends, und es liegt keine Gefahr im Verzuge. Entscheiden wir uns daher nach vier Wochen! Ich höre soeben von einer Seite, wir haben Eile nach Hause. Aber der Cultusminister hat Ihnen ja neulich gesagt, daß Sie vor Annahme dieser Gesetze doch nicht nach Hause gehen werden, und nach vier Wochen werden Sie die Gesetze mit besserem Erfolge als heute machen, wo das Haus schon äußerst ermüdet ist. Insbesondere aber bestimmt mich der Grund, daß wir nichts thun dürfen, was einem Verluste ähnlich sieht, entgegen den Bestimmungen der Verfassung etwas zu beschließen, so lange sie durch die königliche Sanction und Publication nicht abgeändert sind. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. v. Kardoff glaubt nicht, daß Berathungen von Gesetzen, welche die Regierung selbst eingebracht hat, die Entschließungen der Krone irgendwie beeinflussen könnten. Die Bedenken des Vorredners könnten allenfalls für die dritte Berathung Platz greifen, die Zulässigkeit von vorbereitenden Schritten, um die es sich hier handele, sei ihm nicht zweifelhaft. Zudem sei die Zeit des Hauses durch den am 12. März anstehenden Zusammentritt des Reichstags aufs Aeußerste bedrängt.

Cultusminister Falk: Die Bedeutung der Angelegenheit rechtfertigt es, daß ich in eine in erster Reihe das Haus berührende Frage einzutreten Veranlassung nehme. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt zu erwähnen, die Regierung wünsche vor dem Schlusse der Session die vollständige Erledigung der kirchlichen Vorlagen herbeigeführt zu sehen. Sie hegt die Besorgniß, daß dies schwerlich geschehen wird, wenn Sie der Auffassung des Abgeordneten Windthorst zustimmen. Der einzige Ausweg wäre sodann, die Verlängerung der Session, bis weit in den Sommer hinein, was Sie jedenfalls für ein Uebel halten werden, ohne daß ich auszuführen brauchte warum. Dieses Uebel kann nur durch den baldigen Eintritt in die Debatten vermieden werden, dem meiner Meinung nach nichts entgegen steht. Nach meiner Auffassung bleibt die Verfassung gewahrt, insofern diese Gesetze nicht eher publicirt werden, als bis die legale Publication der Verfassungsänderung erfolgt ist. Ich bin ermächtigt zu der bestimmten Erklärung, daß die Regierung nicht früher zur Publication der Gesetze über die Vorbildung der Geistlichen und über die Disciplinargewalt über dieselben schreiten wird, als bis die Verfassungsänderung die Zustimmung aller gesetzgebenden Factoren erhalten haben wird. Sie mögen zur Sicherstellung einen Paragraph dieses Inhalts in jene beiden Gesetze einschalten. Wie das Herrenhaus sich zur Verfassungsänderung stellen wird, kann ich allerdings nicht wissen, aber das weiß ich, daß die Krone, falls die Aenderung die Zustimmung des Herrenhauses erhält, dieselbe vollziehen wird. (Beifall links)

Der Antrag Windthorst auf Absetzung des letzten Gegenstandes der morgigen Tagesordnung wird hierauf abgelehnt. (Für denselben Centrum, Polen und ein Theil der Conservativen.) Das Gesetz, betreffend die Vorbildung der Geistlichen bleibt also auf der Tagesordnung. Schluß 4 Uhr.

Berlin, 6. März. [Amtliches] Se. Majestät der König hat dem Hofkammer-Rentmeister Kienast hierselbst den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Berlin, 6. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute die Vorträge des General-Feldmarschalls Grafen von Roon und des Generals von Kameke sowie des Militär-Cabinets entgegen. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 6. März. [Ernennung. — Die Droschkenvereine. — Die Reichsbeamten. — Strafproceßordnung.] In den Angaben der Zeitungen über die Besetzung der Unterstaatssecretairstelle im Handelsministerium wird auch der Geh. Rath Bitter — mit welcher Bezeichnung offenbar der Wirkl. Geh. Ober-Finanzrath und Unterstaatssecretair im Ministerium des Innern gemeint sein soll — erwähnt, während von anderer Seite dieser Beamte als Nachfolger des Seehandlungs-Präsidenten Günther genannt wird, falls Letzterer zum Ober-Präsidenten von Posen ernannt würde. Dem Vernehmen nach hat das letztere Gerücht mehr Glaubwürdigkeit als das erstere. — Die für Berlin so wichtige Tagesfrage „Droschkenstrike" hat mit einem Siege der Polizeibehörde über die strikenden Droschkenvereine ihren Abschluß gefunden. Man kann wohl nur mit Befriedigung constatiren, daß die Droschkenbesitzer sich entschlossen haben, den Anordnungen der Behörde Folge zu geben, auch durch Wiederaufnahme des Fuhrbetriebes zu ihrer Pflicht zurückzukehren. Die Droschkenvereine haben in Betreff dieses Entschlusses eine Bekanntmachung an den Anschlagsäulen erlassen, welche indessen mit den thatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklange steht. Es heißt nämlich in dieser Bekanntmachung, daß „auf Wunsch des Kaisers" das Fuhrwerk in Betrieb gesetzt werden würde. Diese Angabe hat jedoch nur eine Unterlage in dem bekannt gewordenen Erlaß des Handelsministers, welcher eine vorläufige Entscheidung auf das Immediatgesuch der Droschkenvereine enthält, in welcher derselbe im Auftrage des Königs den Droschkenvereinen erklärt, daß ihre Beschwerde einer gründlichen Prüfung unterworfen werden solle, daß aber auch erwartet werde, daß die Droschkenvereine den Betrieb wieder aufnehmen werden. Von einem Wunsche ist also nicht die Rede, sondern nur von der Erwartung und das Eingehen auf die Beschwerde wird gewissermaßen von der Aufnahme des Betriebes abhängig gemacht. Der König hat übrigens von Anfang an die Energie, mit welcher der Polizei-Präsident gehandelt hat, im vollsten Maaße gebilligt, weil der Monarch die Ueberzeugung hat, daß durch feste Consequenz die Autorität der Behörde und das Interesse des Publikums am besten gewahrt werde. Noch in letzter Stunde haben die Droschkenvereine den Versuch gemacht einige Zugeständnisse zu erlangen, der Polizeipräsident hat dieselben aber entschieden verweigert und es wird daher zunächst das neue Reglement in allen seinen Punkten zur Ausführung gelangen. — Die vereinigten Ausschüsse für Justiz- und Rechnungswesen haben unterm 3. März ihren Bericht über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Rechts-Verhältnisse der Reichsbeamten erstattet. Die Ausschüsse haben beschlossen, dem Bundesrathe die Annahme des von der preußischen Regierung gestellten Antrages auf Abänderung der §§ 19 u. 25 des vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurfs, im übrigen die Ertheilung der Zustimmung zu dem Entwurf in der ihm vom Reichstage gegebenen Fassung und die Herbeiführung der erfreulichen Schritte um eine Annahme des Gesetzentwurfs in dieser modificirten Gestalt durch den Reichstag zu erzielen, empfohlen. — Der Ausschuß für das Justizwesen hat beantragt, den Entwurf einer deutschen Straf-Proceß-Ordnung an eine besondere, aus zehn angesehenen Juristen des deutschen Reichs bestehende Commission zur Vorberathung zu überweisen und bringt dem Bundesrathe als Mitglieder der einzuberufenden Commission in Vorschlag: 1) den Präsidenten Dr. Friedberg in Berlin, 2) den Geheimen Ober-Justizrath Dr. Förster in Berlin, 3) den Appelationsgerichts-Vice-Präsidenten Mager in Insterburg, 4) den Professor der Rechte, Staatsrath Dr. Zacharian in Göttingen, 5) den Rechtsanwalt, Justizrath Wiener in Berlin, 6) den Appellationsgerichtsrath Dr. Staudinger in München, 7) den General-Staats-Anwalt Dr. Schwarze in Dresden, 8) den Ober-Tribunalsrath v. Binder in Stuttgart, 9) den Ober-Appellations-Gerichts-Rath Dr. Zentgraf in Darmstadt, 10) den Oberstaatsanwalt Mittelstädt in Hamburg,

[Forckenbeck.] Die „N. Z." schreibt: Zur größten Befriedigund aller Mitglieder des Hauses, so wie auch der Staatsregierung hat Herr v. Forckenbeck die Absicht, vor Beendigung der Session auszuscheiden, jetzt definitiv aufgegeben. Durch die Nothwendigkeit der Wahl eines neuen Präsidenten würden ohne alle Frage Verwickelungen entstanden seien, welche auch auf das Verhältniß der einzelnen Fractionen zu einander in ungünstiger Weise eingewirkt hätten. Dieser Ueberzeugung hat sich auch Herr v. Forckenbeck nicht verschließen können.

Posen, 6. März. [Der Erzbischof Ledochowski] hat entgegen der am 16. November v. J. erlassenen Ministerialverfügung, nach welcher in allen höheren Lehranstalten der Provinz, mit Ausnahme der unteren Klassen der katholischen Gymnasien zu Posen und Ostrowo und der Realschule zu Posen, der katholische Religionsunterricht nur in deutscher Sprache ertheilt werden soll, in einem Rundschreiben alle Geistlichen und Religionslehrer an den höheren Lehranstalten angewiesen, den Religionsunterricht in den unteren Klassen bis Secunda ausschließlich nur in der Muttersprache der Mehrheit der Schüler zu ertheilen.

Halle a. S, 6. März. [Die General-Versammlung des sächsisch-thüringischen Buchdruckervereins] hat heute den einstimmigen Beschluß gefaßt, sämmtlichen dem Verbande angehörigen Gehilfen, welche in den Vereinsdruckereien arbeiten, für den Fall, daß der Leipziger Strike noch länger fortdauern sollte, zu kündigen.

Dresden, 6. März. [In der heutigen Sitzung der ersten Kammer] wurden die von der Regierung vorgeschlagenen Abänderungen der Verfassungsurkunde vom 4. September 1831 mit 22 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Unter der aus sämmtlichen Bürgermeistern und geistlichen, sowie fünf ritterschaftlichen Mitgliedern bestehenden Minorität befanden sich auch der Kronprinz und der Prinz Georg.

Darmstadt, 6. März. [Der Prinz Ludwig von Hessen] und dessen Gemahlin treten am 18. d. eine Reise nach Italien an. — Zum Commissarius des Großherzogthums Hessen für die in Berlin zusammentretende Commission zur Berathung der Civilproceßordnung ist der Staatsrath Zentgraf designirt.

München, 6. März. [Frhr. v. Werthern.] Das hier verbreitete Gerücht von der Abberufung des preußischen Gesandten, Freiherr v. Werthern, wird von unterrichteter Seite als völlig unbegründet bezeichnet.

Stuttgart, 6. März. [Die Königin-Mutter] hat eine bessere Nacht gehabt und längere Zeit ruhig geschlafen.

Oesterreich.

Wien, 6. März. [Bei der heutigen Abstimmung im Abgeordnetenhause] stimmten für den Wahlreformentwurf außer der Verfassungspartei auch sämmtliche dalmatinische und istrianische Abgeordnete, mit Ausnahme Morpurgo's, ferner sämmtliche Ruthenen. Die Abgeordneten der Verfassungspartei waren mit Ausnahme einiger erkrankter Mitglieder vollständig erschienen.

Frankreich.

Versailles, 4. März. [Die Rede des Herrn Thiers] Der Sitzungssaal, schreibt man der „K. Z.", war heute überfüllter denn je, da Thiers sprechen wollte. Die Aufregung war eine furchtbare. Jedermann erwartete mit Spannung die Erklärung des Präsidenten, der sich schon um 2 Uhr 10 Minuten auf der Ministerbank eingefunden hatte. Die Sitzung wurde um 2 Uhr 40 Minuten eröffnet. Um 2¾ Uhr besteigt Thiers die Tribüne mit einem Papiere in der Hand, auf welchem einige Auszüge aus seinen früheren Reden verzeichnet sind. Thiers würde, so beginnt er, die Tribüne nicht bestiegen haben, wenn der Justiz-Minister Dufaure nicht den wahren Gedanken der Regierung ausgesprochen hätte (Beifall auf der Rechten); er will nur dessen Rede vervollständigen. Dann zum Entwurfe selbst übergehend, meint er, daß man gewisse Punkte desselben, die, welche peinlich für ihn seien, bekämpfen könne; man müsse aber den Entwurf in seiner Gesammtheit annehmen. Der 4. Artikel besage nicht, daß man constituiren müsse, aber er sage, daß es unerläßlich sei, die unumgänglich nothwendigen Institutionen dem Lande zu ertheilen. Was die Regierung ferner bestimmt habe, den Entwurf anzunehmen, sei der Umstand, daß sie zu einer Einheit in der Versammlung führe. Dem Lande bleibe nur die Versammlung übrig und man

könne nichts zu Stande bringen, wenn diese Kammer, welche die einzige legale Institution sei, in zwei Hälften gespalten bleibe. Im Grunde genommen, sei die Frage die, daß die Versammlung sich nicht trennen dürfe, ohne dem Lande Institutionen gegeben zu haben. Anfangs sei er mit der Commission nicht im Einverständniß gewesen, dasselbe sei aber nach und nach in Folge der Concessionen, die er gemacht, hergestellt worden. Er frage hier nur, was andere ehrliche Männer, die an seiner Stelle an der Regierung seien, thun würden. Nichts Anderes als das, was die jetzige Regierung gethan. Gewiß seien die sehr achtungswerth, welche an die Nothwendigkeit der Monarchie glauben, sowie auch die, welche den modernen Ideen huldigen und deshalb an die Republik glauben. Wenn die Parteien sich aber an die Stelle der Regierung setzen, die sich neutral verhält, so würden sie ihr den Vorwurf der Zweideutigkeit machen. Sie befinden Sich vor einer Regierung, die vollständig aufrichtig ist und welche fragt, wie sie handeln soll. Aber jede Partei sagt: handeln Sie wie wir! Die Lage, in welche wir versetzt sind, nennt sich der Pact von Bordeaux, d. h. Waffenstillstand der Parteien, und dieses System muß noch auf die jetzige Lage angewandt werden. (Beifall rechts.) Vor zwei Jahren war ich besorgt über die Last, die man auf meine schwachen Schultern gelegt hat. Seit jener Zeit meinen Gesinnungen getreu geblieben, habe ich gesucht, dieses Land zu regieren, und die mir gewordene Aufgabe muthig angenommen. Zu jener Zeit, in Bordeaux, habe ich gesagt, daß, wenn wir uns Privat-Bevorzugungen überlassen, keine Eintracht möglich sei, und daß man nur das Wohl des Landes im Auge haben müsse. Dieses Heil lag in der Aufrechterhaltung der Republik. In Bordeaux hat man nur an eine Sache gedacht, nämlich daran: die Regierung exaltirten Händen zu entreißen und sie weiseren Händen, nämlich der conservativen Republik, zu übergeben. Sie selbst haben mich zum Chef der Executivgewalt der französischen Republik ernannt, was gleichbedeutend mit der Anerkennung der Republik war. Die Klugheit verlangt von mir, die conservative Republik zu bewahren, um nicht in die Hände der Demagogie zu fallen, die so furchtbar bewaffnet war, wie nie, und wie sie nie wieder sein wird. (Beifall auf der Rechten.) Das Land verlangte vor Allem, daß die Republik nicht einem ungetreuen Beamten anvertraut werde, der es zur Monarchie hinführe. Und ich habe mich in diesen Grenzen gehalten. Ich selbst habe der Versammlung angerathen, nicht nach Paris, sondern nach Versailles zu gehen, denn ich habe schon damals die Manöver jener frechen und mordbrennerischen Demagogie befürchtet. In Bordeaux habe ich schon erklärt, daß Nichts geändert werde, ehe das Land reconstituirt sei, und ich behaupte, daß ich keine Partei begünstigt habe. Ich habe dem Lande die Freiheit versprochen und es hat sie vollständig. Dann wieder auf den Pact von Bordeaux übergehend, sagt Thiers, daß derselbe die Sicherheit der Gegenwart und die Hoffnung für die Zukunft bedeute. Er erinnert nun daran, was die Regierung seit zwei Jahren vollbracht hat: die Befreiung des größten Theils des Territoriums, die Bezahlung der Kriegsschuld und die Besiegung des furchtbaren Aufstandes. „Ich hatte — fügte er bewegt hinzu — „nur zwei Tage, um den Frieden abzuschließen, aber mit der Unterstützung meines edelmüthigen Freundes Jules Favre, der in diesem Augenblick seine Unterschrift neben die meinige setzen wollte, erhielt ich sechs Tage." (Murren rechts — Beifall links.) Er erinnert daran, daß damals 40 Departements besetzt gewesen, während die Deutschen heute nur noch in vier ständen. Damals habe Frankreich zwei Vaterländer gehabt, das eine habe sich Terrorismus, das andere Ordnung und Sicherheit genannt. Die Sicherheit sei hergestellt, denn die Regierung habe die Demagogie besiegt, die Nichts mehr zu hoffen habe. Nach diesem Siege sei das Vertrauen zurückgekehrt und Frankreich habe die Capitalien der ganzen Welt erhalten, um sein Gebiet, das bald vollständig frei sein werde, loszukaufen. Die Industrie gehe besser denn je. Er sage dies nicht, um belobt zu werden, aber man dürfe auch die Regiernng nicht heruntersetzen, denn sie gehöre der Kammer, dem ganzen Lande an. Diese Regierung habe sich ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt. Die Kammer dürfe sich nicht trennen, ohne dem Lande Institutionen gegeben zu haben. Als Präsident der Republik rathe er, die definitive Republik nicht zu proclamiren; es würde eine Unklugheit sein; aber er rathe, dieser provisorischen Republik gute Institutionen zu geben. Er fragt dann, woraus die November-Botschaft hervorgegangen sei? Aus dem Gedanken, daß etwas geschehen müsse kraft der constituirenden Gewalt der Versammlung, die er nicht bestreite; denn er habe die Ueberzeugung, daß das Land, als es die Kammer erwählt, ihr alle Vollmachten gegeben habe; es habe geglaubt, daß ihre Aufgabe nach dem Friedensschlusse erfüllt sei; es habe eine Vervollständigung zum Friedens-Abschlusse gegeben, nämlich die Befreiung des Gebietes. Erst wenn diese letztere vollendet, sei die Aufgabe der Kammer erfüllt. (Murren rechts, Beifall links. Mehrere Stimmen rechts: Nein, nein!) — Thiers: Ich sage nicht, daß die Auflösung an einem bestimmten Tage stattfinden muß, aber alle Welt glaubt, daß in diesem Jahre Ihre Arbeiten zu Ende gehen müssen. Deshalb mußte ich von der Versammlung Institutionen verlangen, welche die Ruhe des Landes sichern. Hr. Gambetta hat gesagt, daß er wünsche, daß eine andere Versammlung dieses Werk vollbringe; ich bin nicht dieser Ansicht. Deshalb müssen wir eine zweite Kammer haben. Die Republik der Vereinigten Staaten besitzt eine solche. Man hat gesagt, daß ich durch meine Theilnahme an den Verhandlungen der Unabhängigkeit der Kammer zu nahe trete. Aber in dem Augenblicke, wo man Alles reorganisirte, konnte ich da ruhig verbleiben, mich in das Palais de la pénitence (Gelächter) . . . Entschuldigen Sie, in das Palais de la présidence einschließen? Sollte ich alle Beschlüsse annehmen, die gegen meine Ansicht waren? Ich würde gegen meine Pflicht gehandelt haben. Man hat von Staatsstreichen gesprochen. Für denjenigen, der mich kennt, ist dies eine Lächerlichkeit. Nein! Ich habe nur Rathschläge ertheilen wollen. Wie dem nun auch sein mag, ich habe die Artikel der Commission angenommen. Ich bitte daher Herrn Ventavon (er hat ein Amendement gestellt), mir nicht zu Hilfe zu kommen. Aber ich beste darauf, daß man der Republik, da wir die republikanische Regierung haben, die nothwendigen Institutionen giebt. (Widerspruch auf der Rechten.) Die Republik besteht. — Gavardin: Die provisorische! — Thiers: Sie ist die proclamirte legale Regierung. — Mehrere Stimmen wiederholen: Provisorische! — Thiers: Und ich habe versprochen, das Pfand unverletzt zurückzugeben; es handelt sich nicht darum, eine definitive Republik zu gründen, sondeen eine conservative Repubik, denn man kann die Republik jetzt nicht gründen. — General du Temple: Es ist Ihre Schuld! — Thiers: Ehren wir uns durch jene gegenseitige Duldsamkeit, welche man die Barmherzigkeit der Meinungen nennen kann. Sprechen wir nicht von der ewigen Republik; proclamiren wir nicht die Republik. Achten wir alle politischen Gewissen. Muß man sein Land nicht selbst dann unterstützen, wenn man seine Regierung nicht liebt? Unterstützen wir sie aus Liebe zum Vaterlande! Der Präsident faßt dann seine Erklärungen zusammen, indem er sagt, daß der Pact von Bordeaux fortbestehe. (Beifall auf der Rechten.) Was die Regierung anbelange, so werde sie ihr Wort gewissenhaft halten. Man habe ihr das Pfand der Republik anvertraut. Am Tage, wo das Land Rechenschaft von ihr verlange, werde sie die Republik zurückgeben. — Eine Stimme rechts: Damit hat man sie nicht betraut! — Der Präsident schließt, indem er bittet, die Anträge der Commission zu votiren. Diese Bitte ist ihm nicht durch sein persönliches Interesse, sondern durch das Interesse des Landes eingeflößt. (Beifall im linken Centrum und auf einigen Bänken der Linken.) Die Discussion über den „Eingaug" der Vorlage wird nun geschlossen. Derselbe wird mit 475 gegen 199 Stimmen angenommen, und die Sitzung geschlossen.

Marseille, 5. März. [Eisenbahnverbindung.] Die hier aus Barcelona eingetroffenen Zeitungen vom 4. d. enthalten die Meldung, daß die Eisenbahnverbindung mit Frankreich wiederhergestellt und der Verkehr dahin völlig ungehemmt ist. Am 6. soll auch der Dienst zwischen Barcelona und Saragossa wieder beginnen, so daß dann nach allen Seiten hin die Verbindung mit der Hauptstadt von Catalonien wieder offen ist.

Spanien.

Madrid, 5. März, Abends. [Die Nationalversammlung] setzte heute die Berathung des Gesetzes über Aufhebung der Sklaverei in Portoriko fort.

Portugal.

Lissabon, 5. März. [In der heutigen geheimen Sitzung der Deputirtenkammer] gab die Regierung die Erklärung ab, daß Portugal zu allen auswärtigen Mächten, insbesondere zu Spanien, in durchaus freundschaftlichen Beziehungen stehe. Die ministeriellen Blätter sprechen ihre Befriedigung über die sympathischen Kundgebungen aus, welche die Regierung anläßlich der letzten Ereignisse in Spanien von den Mächten empfangen habe. — Die Pairskammer hat gestern die Vorlage über die Einberufung der Reserven angenommen. — Das Journal „Diario popular" kündigt an, daß gegen diese Maßregel eine friedliche Manifestation vorbereitet wird. — Der Strike der Tabaksarbeiter hat durch Bewilligung von Concessionen seitens der Arbeitgeber seine Beendigung gefunden.

Belgien.

Brüssel, 6. März. [Bei der heute fortgesetzten Berathung der Deputirtenkammer] über den Wiederankauf der Eisenbahn des Grand Luxembourg empfahl der Finanzminister Malou die Annahme der eingebrachten bezüglichen Gesetzvorlage und hob namentlich hervor, daß unter allen Umständen — wie er bestimmt behaupten zu können glaube — die Ueberlassung der bezüglichen Concession an eine auswärtige Gesellschaft den Anlaß zu größeren Schwierigkeiten geben könne, als die im Jahre 1869 wegen des versuchten Ankaufs der luxemburgischen Linien durch die französische Ostbahn entstandenen gewesen seien.

Brüssel, 6. März. [Der hiesige Appellgerichtshof] hat heute der „Banque de l'union" Jacob Freres das von deren Actionären nachgesuchte Moratorium ertheilt.

Provinzial-Zeitung.

Ŏ **Breslau**. 6. März. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] In der gestern Abend stattgefundenen Monatsversammlung führte den Vorsitz Herr Dr. Carstaedt. Er theilte zunächst mit, daß der „eiserne Fonds" des Vereins sich in der letzten Zeit wieder zweier Geldgeschenke zu je 10 Thlr. zu erfreuen gehabt habe, deren eines dem Verein von seinem alten Gönner, Herrn Partikulier Müller, das zweite aus dem hiesigen Vorschußverein herstamme. Die Rede des Herrn Abgeordneten Lasker über das Eisenbahnwesen ist bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren für Mitglieder zum Preise von 2½ Sgr. vorräthig. Die Gereralversammlung des Humboldt-Vereins wird am 24. April angeordnet werden, und verlas der Redner die statutarischen Bestimmungen über Einbringung etwaiger schriftlicher Anträge, wonach dieselben mindestens 3 Wochen vor der Generalversammlung einzureichen sind. Am 21. April finde vorher nochmals eine Monatsversammlung statt. Hierauf erhielt Herr Kaufmann Köbner das Wort zu seinem angekündigten Vortrag über die „Armenpflege." Er wies zunächst auf den Zusammenhang dieses Stoffes mit der Volksbildung hin und daß darum der „Humboldt-Verein" neben seinen eigentlichen Bildungsbestrebungen wohl Anlaß habe, sich auch mit solchen Gegenständen zu beschäftigen, ging dann zu den Ursachen der Armuth und zu der Frage über, ob die Unterstützung Pflicht des Staates, der Gemeinde oder der Einzelnen sei. Er warf dann einige Blicke auf die gesetzlichen Zustände in Deutschland, seit Einführung der Freizügigkeit und des Gesetzes über den „Unterstützungs-Wohnsitz, auf die Reform der Armenpflege in England ('854) und auf die dortigen großen Armenverbände, und ging dann zu den rationellen Grundsätzen der Armenpflege über, deren erster sei Unterdrückung der Bettelei, Arbeitsfähige müssen im Arbeitshaus, ganz oder zeitweise Unfähige im Armenhaus untergebracht werden. Bei den zu unterstützenden Armen müsse das Maß der Unterstützung nicht überschritten werden, damit nicht diese das Minimum des Arbeitsverdienstes übersteige und so die Arbeitsfähigen verlocke, zur Unterstützung ihre Zuflucht zu nehmen, und somit das Ehrgefühl fahren zu lassen. Eine schlimme Versuchung dazu veranlassen die Armen-Aerzte, die darum trotz ihrer unvermeidlichen Nützlichkeit für wirklich Kranke ähnliche Gefahren bieten. Besser sei es sich an Krankenversicherungskassen und an Vereine zu wenden, wie der hiesige „Gesundheitspflegeverein". Redner erwähnte hier auch die Zwangs- oder Fabrikkassen und die Krankenkassen der Gewerkvereine, denen zu ausgebreiteterer Wirksamkeit nur die Corporationsrechte fehlen. Dann ging er zur öffentlichen Armenpflege über, erwähnte deren Organisation hier, in Berlin und Elberfeld, wo statt der hier bestehenden kleinen Anzahl Armenväter und Directoren, die oft bei ihrem ausgebreiteten Wirkungskreise wenig selbstständig zu handeln vermögen, bei bedeutend geringerer Bevölkerung fast 4 Mal so viel Stadtquartiere mit hinreichenden Beamten wirken, die Unterstützungen meist nur auf kurze Zeit (14 Tage) bewilligt werden, die Beamten ihre Clienten selbst kennen und sich deren Zahl darum bereits in 4 Wochen auf die Hälfte reducire, weil den Arbeitsunfähigen leicht Arbeit verschafft werde. Freilich habe dort jeder Beamte höchstens 4 Clienten zu beaufsichtigen. Bei uns würden freilich 1000 solche Beamte nöthig sein. In Breslau betrug noch vor wenigen Jahren der Ueberschuß aus dem Armenhause 1100 Thlr., jetzt erfordere die Armenverwaltung 130,000 Thlr. Zuschuß.

Der Redner besprach hierauf die private Armenpflege und hob hervor, daß viele der sogenannten „verschämten Armen" unverschämte Arme seien, die die bestehenden Unterstützungsvereine unter allerlei Vorwände nach Kräften ausbeuten und hob die Nothwendigkeit einer Centralisirung der Wohlthätigkeit hervor, und eine Hilfe der Gesellschaft, wo durch Vereine für Erziehung der Kinder, Förderung der Arbeitsfähigkeit, Arbeitsvermittlung, Fortbildungsschulen, Rettungskassen, theils der Verarmung vorgebeugt, theils schon eingetretene gemildert werde.

Die Stiftungen seien meist in wohlthätigem Sinne ausgegangen, aber wirken oft nachtheilig, indem je mehr Stiftungen, desto mehr Arme sich melden. Solche Vereine rc. müssen in modernem Sinne geschaffen werden, z. B. die öffentliche Gesundheitspflege unterstützt und dadurch die Krankheits- und Sterbefälle vermindert und Production und Consumtion gefördert werden. Nach dem Vortrag, an den sich eine längere Discussion nicht knüpfte, beantworteten die Herren Dr. med. Lipschitz, Prorector Dr. Maas, Dr. Carstaedt, Kaufmann Koebner und Eisenbahnsecretär Vollmer eine Reihe Fragen. — Den nächsten Sonntagsvortrag hat Hr. Dr. Geisenheimer, Lehrer der Gewerbeschule in Schweidnitz, übernommen.

H. **Breslau**, 6. März. [Bezirksverein der Oder- und Sandvorstadt.] In der gestern Abend bei Casperke abgehaltenen Versammlung des Vereins gelangte nach einigen Mittheilungen des Vorsitzenden, Herrn Dr. Thiel, das städtische Armenwesen zu einer Besprechung. Dieselbe wurde von dem Vorsitzenden eingeleitet, der zunächst einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Breslauer Armenwesens seit der Reformation warf und dann die gegenwärtige Ausdehnung und Organisation der öffentlichen Armenpflege den Anwesenden vorführte. Hieran schloß sich ein eingehender Bericht des Herrn Kaufmann Rockel, als Vorsitzender der Stadtverordneten-Commission, welche niedergesetzt worden, um die Vorarbeiten für die nothwendig erscheinende Reform des städtischen Armenwesens zu übernehmen. Diese Commission, welche einem Antrage des Stadtv. Schierer ihre Entstehung verdankt, besteht aus den Stadtv. Dr. Asch, Burghardt, Dr. Eger, Fuchs, Dr. Göppert, Hainauer, Joachimssohn, Leonhard, Dr. Lion, Rockel, Schierer und Dr. Steuer, denen seitens des Magistrats noch Hr. Stadtrath Weisbach zutritt. Sie hat, nachdem sie in ihren ersten Sitzungen die Grundsätze festgestellt, von denen sie sich bei ihren Arbeiten leiten lassen will, und für die einzelnen Zweige der gesammten Armenverwaltung besondere Referenten ernannt hatte, bis jetzt ihre Berathungen über die Armen-Krankenpflege zu Ende geführt und ist zu dem Resultate gelangt, daß, wenn auch für dieselbe durchgreifende principielle Aenderungen nicht nothwendig sein dürften, es doch wünschenswerth erscheine, die Armen-Kranken-Bezirke zu verkleinern, also die Zahl der Armen-Aerzte zu vermehren. Da die Commission beschlossen hat, die Resultate ihrer Berathungen nicht erst nach voller Erledigung der ganzen ihr gestellten Aufgabe, sondern jedesmal dann schon, wenn dieselben über einen bestimmten Zweig der Armenverwaltung zum Abschluß gekommen, zur Kenntniß der städtischen Behörden zu bringen, so wird Näheres über die Commissionsarbeiten bezüglich der Armen-Krankenpflege wohl demnächst bekannt werden, weshalb wir uns hier auf diese wenigen Andeutungen beschränken können. Neuerdings ist die Commission in die Erörterung des eigentlichen Almosenwesens eingetreten. Auch hier hat sich die Nothwendigkeit durchgreifender Aenderungen noch nicht herausgestellt, doch hat die Idee einer Combination der öffentlichen Armenpflege mit der Privatwohlthätigkeit zu sehr eingehenden Erörterungen geführt.

Nachdem der Vorsitzende dem Redner den Dank der Versammlung für seine interessanten Mittheilungen ausgesprochen, beantragt Hr. Geh. Rath v. Reiche die Annahme folgender Erklärung:

In Bezug auf die Einrichtung, welche der neu einzuführenden Verwaltung des städtischen Armenwesens in Breslau zu geben ist, spricht der Bezirksverein seine Ueberzeugung dahin aus:

Der Zweck der städtischen Armenpflege läßt sich in seinem vollen Umfange nur dann erreichen, wenn es der städtischen Armenbehörde gelingt, mit den Instituten der Privatwohlthätigkeit in eine nahe, organische Verbindung zu treten. Die städtische Armenpflege bedarf insbesondere der Unterstützung durch freiwillige Vereine, welche für kleinere Bezirke der Stadt sich bilden und in ihrer Gesammtheit das ganze Stadtgebiet umfassen. Im öffentlichen Interesse ist es wünschenswerth, daß diesen Gesichtspunkten bei einer neuen Organisation des städtischen Armenwesens Berücksichtigung zu Theil werde.

Der Bezirksverein richtet an den Magistrat und die Stadtverordneten, sowie zunächst an deren Commission das Gesuch,

1) diese Ansicht bei der bevorstehenden Berathung über den Gegenstand einer Erwägung unterziehen und ihr Eingang und praktischen Erfolg gewähren zu wollen,

2) ferner es zu genehmigen, daß der erwähnten, behufs der Vorberathung für die neue Einrichtung des städtischen Armenwesens eingesetzten Commission der Stadtverordneten aus den jetzt bestehenden Bezirksvereinen je ein Mitglied mit berathender Stimme beitrete.

Von dem Antragsteller sind diese Erklärung und die Anträge durch eine besondere Denkschrift, welche vorgelesen wird, eingehend motivirt. Dieselbe soll mit den Anträgen der städtischen Behörden überreicht werden. Nr. 2 derselben wird jedoch nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden und des Herrn Rockel vom Antragsteller zurückgezogen. Herr Dr. Pinoff schlägt vor, die Anträge und die Denkschrift vervielfältigen und jedem Stadtverordneten, den Mitgliedern des Bezirksvereins, so wie den übrigen Bezirksvereinen je ein Exemplar behufs fernerer Discussion der Frage zugehen zu lassen. Der Vorsitzende glaubt, daß der Bezirksverein unbeschadet der Pinoff'schen Vorschläge einen Beschluß über die Anträge des Herrn v. Reiche fassen könne. Die Versammlung tritt dem bei und nimmt die durch Herrn von Reiche beantragte Resolution und Antrag 1 an. Die Ausführung der Pinoff'schen Vorschläge bleibt dem Vorstande überlassen. In der nächsten Sitzung soll die Discussion über das städtische Armenwesen fortgesetzt werden.

H. **Hainau**, 5. März. [Tageschronik.] In letzter Stadtverordneten-Sitzung fand der Antrag des Gas-Directoriums: den Tarif für die Privateinrichtungen in Folge der ungewöhnlich gesteigerten Eisenpreise um 50 pCt. zu erhöhen, die Genehmigung der Versammlung und wurden 70 Thlr. über die etatsmäßige Summe für Baulichkeiten am Beamtenhause der Gasanstalt bewilligt. — Den Bürger-Jubilaren Schuhmacher Schonke und Tuchmacher Ilgner wurde das übliche Geschenk von je 10 Thlrn. zugewiesen. — Dem Antrage der Ziegelei-Deputation bezüglich Baues eines neuen Ziegel-Banketts im Wege der Submission wurde nach Maßgabe der Zeichnung und des Antrages gleichfalls entsprochen und zu Mitgliedern des Gas-Directoriums die Stadtverordneten Gürtlermeister Tempel, Handschuhfabrikant Berthold, Kupferschmiedemeister Kabitz und Kaufmann Restaurateur Kronmeyer wieder- resp. neugewählt. — Dem Gesuch des Magistrats, den vom Stadtverordneten Apotheker Kunstmann in letzter Sitzung gestellten Antrag auf Theilung des diesseitigen Kreises näher zu begründen, wird Antragsteller entsprechen. — Am Sonntage suchte im „Volksgarten" ein socialdemokratischer Apostel für seine volksbeglückenden Ideen vor ca. 150 Personen Propaganda zu machen, indem er sich in den bekannten Phrasen über „Volks-Souverainetät, Ausbeutung der Arbeiter durch das Capital" u. s. w. erging, der Presse Seitenhiebe zutheilte und die Fortschrittspartei allein für die bestehenden, den Arbeitern ungünstigen Gesetze verantwortlich zu machen suchte.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 6. 7.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	330''',43	331''',30	331''',34
Luftwärme	+ 2°,5	+ 0°,3	— 0°,3
Dunstdruck	1''',77	1''',65	1''',95
Dunstsättigung	71 pCt.	81 pCt.	100 pCt.
Wind	NO. 1	NW. 1	N. 1
Wetter	wolkig.	trübe.	bedeckt, Schnee.

Breslau, 7. März. [Wasserstand.] O.-P. 18 F. 2 Z. U.-P. 6 F. 2 Z.

X. **Breslau**, 7. März. [Schifffahrtsnachrichten.] Das Wasser der Oder ist im Wachsen. Die Verladungen werden fleißig fortgesetzt, um mit dem günstigen Wasserstande abschwimmen zu können. Am 5. und 6. stud aus dem Unterwasser abgeschwommen: fünf Kähne mit Zink und Zinkblech nach Hamburg, drei Kähne mit Gütern nach Berlin; sechs Kähne mit Getreide und fünf Kähne mit Kohlen nach Stettin; sechs Kähne mit Kohlen nach Neuendorf und ein Kahn mit Gütern nach Tschicherzig. — Stromauf sind hier mit Ziegeln angekommen: Schuhmann, Müller, Poppe, Jonas, Simon, Thiel und Häusler aus Dyhernfurt, Reichwald und Pogel.

Berlin, 6. März. Die Börse treibt immer mehr in die matte Stimmung hinein, da die Geldknappheit, wenn auch gerade nicht zunehmend, andauert und auf das Tages-Geschäft einen Druck ausübt, dem gegenüber die Spannkraft der so lange behaupteten Festigkeit zu erlahmen beginnt. In Folge dessen war der Geschäftsverkehr noch stiller als an den vorhergehenden Tagen und ließ auch auf solchen Gebieten nach, auf welchen bisher noch ziemliche Regsamkeit geherrscht hatte. Spanien und der Gesundheitszustand Thiers liefert der Baisse-Partei schwarze Punkte auf politischem Gebiete. Die von auswärts eintreffenden Nachrichten berührten den hiesigen Markt wenig und wenn auch Wien feste Course meldete, nur Lombarden waren in der zweiten Depesche einige Gulden niedriger, so stand die hiesige Speculation mehr unter dem Einfluß der Pariser Depesche, die von gestriger Börse einen immerhin nicht unbedeutenden Renten-Rückgang anzeigte. Die Course der Speculations-Papiere setzten unter den gestrigen Schluß-Coursen ein und hielten sich des ganz geringfügigen Geschäfts wegen auch innerhalb sehr geringer Schwankungen im gleichen Niveau. In Oesterr. Creditactien fand das Hauptgeschäft statt, Lombarden und Franzosen blieben sehr still; auch andere österreichische Bahnen vermochten nicht Leben zu gewinnen und blieben in den Coursen meist unverändert. Lebhafteren Charakter zeigten die Umsätze in österr. Banken, die jedoch nicht ihre gestrigen Notirungen behaupten konnten. Italiener matt, französische Rente ebenfalls niedriger. Türken und Amerikaner sehr still. Auch in russ. Staatseffecten lahmte das Geschäft, nur Bodencredit war belebt. Preußische und deutsche Fonds fest in sehr geringem Verkehr. Rege Frage machte sich für alle Prioritäten, besonders preußische, geltend. Auf dem Eisenbahnactien-Markte ruhte in den Hauptwerthen das Geschäft fast gänzlich und konnten sich die Notirungen nicht überall behaupten; Hamburger ließen nach, da die Dividende keineswegs befriedigt. Von Stettinern u. Halberst. ging einiges um, desgl. von Pomm. Centralbahn und Nordhausen-Erfurt. Nahebahn zu herabgesetztem Course gut zu lassen. Für Bankactien hatte die Stimmung sowohl wie der Verkehr eine stärkere Einbuße erlitten, die denn auch manche Coursrückgänge im Gefolge hatte. Als belebt und gut behauptet sind nur Thüringer B., Bergisch-Märkische. Mecklenburger Hypothek., Mecklenburger Wechslerb., ferner Bank für Rheinland und Westphalen, sowie Centralbank für Bauten zu nennen. Berliner Bankactien auf Prämie recht lebhaft. Industriepapiere matter, von Brauereiactien besonders Landré beliebt, aber auch Böhmische und Bergbrauerei belebt. Rathen. Optische steigend, pro 1872 sollen 10 pCt. Dividende gegeben werden, der Coupon wird vom 1. April abgetrennt. Von Baugesellschaften beide Lichterfelder, City, Centralfactorei, Allgemeine Häuserbau, Chemnitzer Bauverein beliebt, Chemnitzer Bau- und Grunderwerb 103½, Johannisthal 103¼, Montanwerthe schwächer, Halberstädt. Eisenw. belebt, Westpr. Eisenw. steigend, Annener 110½, Vorwärtshütte (gestern Moritzhütte genannt) 110½, Glückauf 120¼ Posten bez. u. G., Forster Tuchfabrik 102 bez. u. G., Dortmunder Brauerei 73 G., Dortmunder Brückenbau 107 etwas bez. u. Br., Metall-Industrie 105¾ bez. u. Gld. Wechsel still, London fest, Paris schwach. (Bank- u. H.-Z.)

B. **Stettin**, 6. März. [Stettiner Börsenbericht.] Wetter: trübe Temperatur + 2° R. Barometer 28" 3'". Wind: NO. — Weizen Frühjahr unverändert, sonst höher, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—65 Thlr. bez., besserer 66—76 Thlr. bez., feiner 78—83 Thlr. bez., pr. März 83 Thlr. nom., pr. Frühjahr 83¼, 82¾, 83 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 82½ Thlr. bez., pr. Juli-August 82¼, 82½ Thlr. bez., pr. September-October 77¼, 78¼, 78 Thlr. Br. u. Gld. — Roggen fester, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50—54 Thlr bez., feiner 55½ Thlr. bez., pr. März 53¾ Thlr. bez., pr. Frühjahr 54—54¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 53¾, 54 Thlr. bez., pr. Juni-Juli 53¾, 53¼ Thlr. bez., pr. Juli-August 53¾ Thlr. Br., pr. September-October 52¾, 53, 52¾ Thlr. bez. — Gerste unverändert, pr. 2000 Pfd. loco nach Qualität 50—58 Thlr. bez., pr. Frühjahr Schles. 56½ Thlr. Gld. — Hafer unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 38—44½ Thlr. bez., pr. Frühjahr 44½ Thlr. Br. — Erbsen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco 42—47 Thlr. bez., pr. Frühjahr Futter- 47 Thlr. bez. u. Gld. — Winterrübsen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 97½ Thlr. bez. — Rüböl geschäftslos, pr. 200 Pfd. loco 23 Thlr. Br., pr. März u. April-Mai 22⅚ Thlr. Br., pr. September-October 22⅚ Thlr. Br. — Spiritus ruhig, pr. 100 Liter à 100 pCt. loco ohne Faß 17¾ Thlr. bez., pr. Frühjahr 17⅚ Thlr. bez., Br. u. Gld., pr. Mai-Juni 18¼ Thlr. Br., pr. Juni-Juli 18½ Thlr. Br., pr. Juli-August 18¾ Thlr. Br., pr. August-September 18⅚ Thlr. Gld., pr. September-October 18⅓ Thlr. Br. u. Gld. — Petroleum loco 6½ Thlr. Br., 6¼ Thlr. bez., pr. September-October 5⅚ Thlr. bez., 5⅚ Thlr. Gld.

Angemeldet: Nichts.

Regulirungspreise: Weizen 83, Roggen 53¾, Rüböl 22⅚, Spiritus 17¾ Thlr.

Newyork, 5. März. [Der Postdampfer des baltischen Lloyd „Humboldt" ist heute mit Passagieren und voller Ladung von hier über Havre nach Stettin in See gegangen.

Frankfurt a. M., 5. März. [In einer heute stattgehabten Versammlung von Besitzern] von Prioritäten der Oregon-Kalifornia-Eisenbahn wurde ein Comite gewählt, bestehend aus den Herren Hohenemser, Ladenburg, Minoprio Niederhofheim, Julius Schmidt und Köster. Es soll dieses Comite die Rechtsansprüche der Prioritätenbesitzer gegen Ben Holladay verfolgen und hat dasselbe die Befugniß erhalten, sich durch auswärtige Häuser zu ergänzen. Jeder Besitzer genannter Prioritäten, der vom Comite vertreten sein will, hat einen Dollar für je 1000 Dollars Prioritäten zur Tragung der Kosten zu zahlen.

Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

Die Einnahmen pro Monat Februar 1873 betragen (provisorisch ermittelt):

1) aus dem Personen-Verkehr	21,873 Thlr.	— Sgr.	— Pf.
2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr	78,835 "	— "	— "
3) Extraordinaria	6,977 "	— "	— "
Summa pro Februar	107,685 Thlr.	— Sgr.	— Pf.
Die Einnahme pro Februar 1872 beträgt (definitiv festgestellt)	90,819 "	— "	— "
Mithin pro 1873 mehr	16,866 Thlr.	— Sgr.	— Pf.
Einnahme bis Ende Februar 1873	223,354 Thlr.	— Sgr.	— Pf.
" " " " 1872	175,198 "	— "	— "
Mithin pro 1873 mehr	48,156 Thlr.	— Sgr.	— Pf.

Halle-Sorau-Gubener Eisenbahn.

Die Einnahmen pro Monat Februar 1873 betragen (provisorisch ermittelt):

1) aus dem Personen-Verkehr	11,980 Thlr.
2) aus dem Güter- und Vieh-Verkehr	28,865 "
3) aus dem Extraordinarium	3,069 "
Summa pro Februar	43,914 Thlr.
Die Einnahme pro Februar 1872 beträgt (definitiv festgestellt)	13,978 "
Mithin pro 1873 mehr	29,936 Thlr.
Einnahme bis Ende Februar 1873	88,761 "
" " " " 1872	26,000 "
Mithin pro 1873 mehr	62,761 Thlr.

Paris, 6. März. [Bankausweis.] Baarvorrath 794 Mill., Zunahme 3 Mill. Portefeuille mit Ausnahme der gesetzmäßig verlängerten Wechsel 2205 Mill., Abnahme 22 Mill. Vorschüsse auf Metallbarren 33 Mill., Zunahme 1 Mill. Notenumlauf 2791 Mill., Abnahme 13 Mill. Guthaben des Staatsschatzes 110 Mill., Abnahme 13 Mill. Laufende Rechnungen der Privaten 226 Mill., Zunahme 15 Mill.

London, 6. März. [Bankausweis.] Total-Reserve 14,792,606 Pfd. St., Notenumlauf 25,244,475 Pfd. St., Baarvorrath 25,037,081 Pfd. St., Portefeuille 23,902,048 Pf. St., Guthaben der Privaten 18,167,460 Pfd. St., Guthaben des Staatsschatzes 15,311,141 Pfd. St., Noten-Reserve 13,738,455 Pfd. St. Platzdiscont 3½.

[**Londoner Colonialwaaren-Markt.**] Dinstag, 4. März. Zucker sehr ruhig, zu unveränderten Preisen. — Kaffee belebt. — Reis und Thee ruhig. — Jute matt.

Metalle: Kupfer fest, Chili Pfd. Sterl. 85—86, Walaroo Pfd. Sterl. 91—92. — Zinn fest, Straits Pfd. Sterl. 143½—144, Banca Pfd. Sterl. —. — Zink fest, Pfd. Sterl. 26½—27.

Petroleum matt, zu 1, 5½.

Terpentin ruhig, zu 48, 6.

Baumwolle matt. — Talg loco 44, 3.

Baumwollsaamenöl: ruhig, Hull 28—29.

Rüböl: ruhig, loco 35—35, 3, März-April 35, 3—35, 6.

Leinöl: stetig, London 33, 6—33, 9, in Exportfässern 34, Hull 33, 3, lauf. Monat 33, 3—33, 6, März-April 33, 6—33, 9, April-Juni 33, 9.

Berlin, 6. März. Weizen: Termine im Werthe unverändert. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 72—89 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 85—¼—84⅞ Thlr. bez., Mai-Juni 84—¼—84 Thlr. bez., Juni-Juli 83⅝—¾—⅝ Thlr. bez., Juli-August 82½—¾—⅝ Thlr. bez., September-October — Thlr. bez., gelber — Thlr. bez. — Roggen loco verkaufte sich gut, besonders in feinen Qualitäten. Termine eröffneten von Hause aus höher, der Schluß war dann aber ruhiger und von der Avance ging wieder ein Theil verloren. Gekündigt 2000 Ctnr. Kündigungspreis 55½ Thlr. Loco 55—59 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 55—⅜ Thlr. bez., inländischer 57—⅜ Thlr. ab Bahn bez., pr. März 55¾—½ Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 56—55⅞ Thlr. bez., Mai-Juni 55⅝—½ Thlr. bez., Juni-Juli 55½—¼ Thlr. bez., Juli-August 54½ Thlr. bez., September-October 54—53⅞ Thlr. bez. — Rüböl bei sehr mäßigem Verkehr etwas matter. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 23 Thlr. bez. — Spiritus loco gut gefragt und höher, war auch auf Termine fest, aber noch immer wenig belebt, loco ohne Faß 18 Thlr. 3 Sgr. bez., pro März 18 Thlr. 18 Sgr. bez., März-April 18 Thlr. 8 Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 17—19—18 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 20 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 29 Sgr. bis 19 Thlr. bis 18 Thlr. 28 Sgr. bez., Juli-August 19 Thlr. 3—4—3 Sgr. bez. Gekündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 7 Sgr. — Wetter: Trübe.

* **Breslau**, 7. März 9½ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war wenig belebt, bei ausreichenden Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 6⅞ bis 8⅝ Thlr., gelber 6½—8¼ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 5⅓ bis 6 Thlr., feinste Sorte 6⅙ Thlr. bezahlt.

Gerste leicht verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 4¾—5⅓ Thlr., weiße 5⅓ bis 5⅔ Thlr.

Hafer unverändert, pr. 100 Kilogr. 4¼ bis 4⅚ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4⅙—5⅓ Thlr.

Wicken preishaltend, pr. 100 Kilogr. 4 5/12—4¼ Thlr.

Lupinen gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. gelbe 2 11/12—3⅓ Thlr., blaue 2 11/12 bis 3⅓ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilogr. schlesische 5¾—6 Thlr.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 5—5⅓ Thlr.

Oelsaaten höher.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.			
Schlag-Leinsaat	8 — —	8 15 —	9 —
Winter-Raps	9 7 6	9 15 —	9 25 —
Winter-Rübsen	8 15 —	8 25 —	9 5 —
Sommer-Rübsen	8 12 6	8 22 6	9 5 —
Leindotter	7 2 6	7 25 —	8 15 —

Rapskuchen mehr beachtet, schlesische 70—73 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen offerirt, schlesische 88—90 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat wenig verändert, rothe 13—16⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 13½—17½—20 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee sehr fest, 8½—10⅓ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3½—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Posen, 6. März. „Kuryer Poznanski" wurde wegen Veröffentlichung des erzbischöflichen Erlasses über den Religionsunterricht an den höheren Schulen, welcher der bezüglichen Ministerialverfügung widerspricht, polizeilich confiscirt.

Pest, 6. März. Unterhaussitzung. Der Honvedminister beantwortet die Interpellation über den Stand der Honvedtruppen und sagt, daß deren rasche Ausrüstung im Falle einer Mobilirung vollkommen gesichert sei. Die Eintheilung des Territoriums entspricht allen Anforderungen und es geschah Seitens des Reichskriegsministeriums alles, was für die rasche Mobilisirung nöthig war. Artillerie und technische Truppen, die berufen sind, in Gemeinschaft mit den Honveds zu kämpfen, sind designirt (lebhafter Beifall).

Rom, 6. März. Die Behörden treffen Vorbereitungen zum Empfange für den morgen hier eintreffenden Herzog von Aosta.

Paris, 6. März, Abends. Thiers' vollständige Wiederherstellung bestätigt sich. Derselbe nahm heute am Ministerrathe Theil, gab mehrere Audienzen und wird heute Abend dem Empfang persönlich beiwohnen.

Paris, 6. März, Abends. Das „Journal officiel" zeigt die Aufhebung des Edicts über die Christenverfolgung in Japan an.

Die „Liberté" enthält ein Madrider Telegramm, welches einen Zusammenstoß zwischen der Bürgerbevölkerung Madrids und den republikanischen Freiwilligen als bevorstehend ankündigt.

Versailles, 6. März, Abends. Nationalversammlung. Artikel 2 des Gesetzentwurfs der Dreißiger-Commission über das Suspensivveto wurde mit 480 Stimmen gegen 142 Stimmen angenommen; ein Amendement auf Beschränkung des Vetos mit der nämlichen Zahl abgelehnt. Thiers wohnte der Sitzung nicht bei.

Berliner Börse vom 6. März 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	4	140 bz.B.
do. do.	2 M.	4	139⅛ G.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	— —
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	3½	6.20⅝ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	5	91⅞ bz.
do. do.	2 M.	6	91¼ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	4	56 16 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	4½	99⅝ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf.a.M.100Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89⅞ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	6	82¼ bz.
Bremen	8 T.	5	— —

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102 G.
Staats-Anl. 4½ %ige	4½	100⅝ bz.
dito consolid.	4½	104¼ bz.
dito 4%ige	4	96¾ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	91⅛ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	127½ bz.B.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101⅝ bz.
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	96 bz.G.
Pfandbriefe: Berliner	4½	99⅞ bz.
Central-Boden-Cr.	5	102¾ B.
do. Unkündb.	5	105⅛ B.
Pommersche	3½	81¾ G.
Posensche	4	91⅝ G.
Schlesische	3½	— —
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	96⅛ bz.
Pommersche	4	96 G.
Posensche	4	93¾ bz.G.
Preussische	4	94 G.
Westfäl. u. Rhein.	4	98 bz.
Sächsische	4	95¾ G.
Schlesische	4	94⅛ bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 73⅞ B.
Oldenburger Loose 39⅝ bz.

Louisd'or — —	Dollars 1.11⅝ G.
Sovereigns 6.22 G.	FrmdBkn. 99⅘ bz
Napoleons 5.10⅝ bz	Oest. Bkn. 92¼ bz.
Imperials — —	Russ. Bkn. 82 9/16 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	66½ et à ⅝ bz.
do. Papierrente	4⅕	66⅝ à ½ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	97⅝ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	99 bz.
do. Credit-Loose	—	121⅞ bz B.
do. 64er Loose	—	98⅝ bz.G.
do. Silberpfandbr.	5½	90 bz.
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	92¼ B.
Wiener Silberpfandbr.	5½	90 bz.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	130 bz.B.
do. do. 1866	5	131 bz.B.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	91 bz.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	77⅝ B.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	77 G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	65¾ bz.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	96½ gek.
do. do. p. 1885	6	98¼ bz.
do. 5% Anleihe	5	96¾ bz.B.
Badische Präm.-Anl.	4	113½ bz.B.
Baiersche 4% Anleihe	4	113 bz.
Französische Rente	5	88½ bz.
Ital. neue 5% Anleihe	5	64⅝ bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	93¾ et bz.B
Raab-Grazer 100Thlr.-L.	4	84⅞ bz.
Rumänische Anleihe	8	90½ bz G.kl —
Türkische Anleihe	5	53⅝ bz.
Ung. 5% St.Eisenb.Anl.	5	78⅛ bz.

Badische 35 Fl.-Loose 40¼ bz
Braunschw. Präm.-Anl. 25 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 19 bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	99⅞ G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	83¼ G
do. do. VI.	4½	99¼ bz.G.
do. Nordbahn	5	104 bz.B.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	99¾ bz.B.
do. do. G.	4½	99¾ bz.B.
do. do. H.	4½	99¾ bz.B.
Cöln-Minden ... III.	4	91½ G.
do. do. do.	4½	100¼ bz.
do. do. IV.	4	92 bz.G.
do. do. V.	4	91½ bz.G.
Märkisch-Posener	5	102¼ G.
Ndrschl.-Märkische	4	93½ B.
do. do. III.	4	91¾ G.
do. do. IV.	4½	100 G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	102¼ G.
do. do. D.	5	102¼ G.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	83 B.
do. C.	4	— —
do. D.	4	92 G.
do. E.	3½	83 B.
do. F.	4½	100½ B.
do. G.	4½	99¾ G.
do. H.	4½	100¾ G.
do. ...	5	102⅝ bz G.
do. Brieg-Neisse	4½	99½ G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	91½ G.
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	—
do. do. ...	5	102⅝ G.
Ostpreuss. Südbahn	5	101¾ G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
Schlesw. Eisenbahn	4½	98¼ G
Stargard-Posen III. Em.	4½	99¾ bz.
Lemberg-Czernowitz	5	71¾ B.
do. do. II.	5	80 bz.
do. do. III.	5	72 bz.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	93¼ bz.
do. do. neue	5	90⅞ bz.B.
Kaschau-Oderberg	5	86 bz
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	86¾ bz.G.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	82⅝ G.
Oesterr.-Französische	3	297 et bz.B.
do. do. neue	3	286¼ bz.B.
do. südl. Staatsbhn.	3	252⅞ bz.
do. neue	3	251⅝ et bz G
do. Obligationen	5	87¼ bz.
Chemnitz-Komotau	5	94 G.
Prag-Dux	5	86¾ et bz.B.
Dux-Bodenbach	5	88½ B.
Rockford Rock Island	7	34½ bz.
Ung. Nordostbahn	5	76⅞ bz.
Ung. Ostbahn	5	72⅝ bz.
Warschau-Wien II.	5	96⅞ bz.
do. III.	5	95 G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	8/5	—	4	47⅛ G.
Berg.-Märkische	7⅛	—	4	122½ bz
Berlin-Anhalt	18⅛	—	4	208 bz G.
Berlin-Görlitz	0	—	4	115⅜ bz
Berlin-Hamburg	10⅝	12	4	227 bz
Berl.-Potsd.-Magd.	14	—	4	148 bz G.
Berlin-Stettin	11 7/12	12⅝	4	192¼ bz
Böhm. Westbahn	8¼	—	5	110 G.
Breslau-Freib.	9⅛	—	4	120⅝ bz
do. neue	—	—	5	111¼ B.
Cöln-Minden	11⅕	—	4	166½ bz G.
do. do. neue	5	—	5	115 bz B.
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	64½ bz
Gal. C.-Ludw.-B.	8⅛	—	5	104¾ bz G
Halle-Sorau Guben	4	—	4	64½ bz G
Hannover-Altenb.	5	—	5	81⅛ bz
Kaschau-Oderberg	5	—	5	81⅝ bz G
Kronpr.-Rudolfb.	5	—	5	78½ bz B.
Ludwigsh.-Bexb.	11¼	—	4	195⅝ bz
Märk.-Posener	0	—	4	59½ bz G
Magdeb.-Halberst.	8⅛	—	4	136 bz B.
Magdeb.-Leipzig	16	—	4	267 bz B.
do. Lit. B.	4	—	4	100⅛ bz
Mainz-Ludwigshaf.	11	—	4	174⅜ bz
Ndrschl.-Märk.	4	—	4	86¼ bz
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	113¼ G.
Oberschles. A. u. C.	13⅝	—	3½	224½ bz
do. B.	13⅝	—	3½	202½ bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	—	5	205¾ à ¼ bz
Oester.-Nordwestb.	5	—	5	133⅛ bz
Oestr. südl. St.-B.	4	—	5	113¾ bz
Ostpreuss. Südb.	0	—	4	47⅞ bz
Rechte O.-U.-Bahn	3	—	5	126⅝ bz
Reichenberg-Pard.	4⅖	—	4½	81⅝ bz
Rheinische	10	—	4	155 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	—	4	46¾ bz
Rumän. Eisenb.	5½	—	6	45⅝ bz G
Schweiz. Westbahn	2	—	4	57½ bz G.
Stargard-Posener	4½	—	4½	100¼ G
Thüringer	10½	—	4	145 etbz G
Warschau-Wien	12	—	5	86⅝ bz G.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	106½ bz G.
Berlin Nordbahn	—	—	5	69 bz G.
Breslau-Warschau	5	—	5	69½ bz G.
Halle-Sorau Guben	5	—	5	82½ bz
Hannover-Altenb.	5	—	5	92 bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	—	—	5	93½ bz
Märk.-Posener	0	—	5	81⅞ bz
Magdeb.-Halberst.	3½	—	3½	102¼ bz G
Ostpr. Südbahn	0	—	5	47⅞ bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	—	5	125 bz
Saal-Bahn	—	—	5	75 bz

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk.	—	7½	5	116¼ bz G.
Berliner Bank	15	—	4	121¼ bz G.
Berl. Bankverein	16	—	5	158 bz G.
Berl. Kassen-Ver.	12⅘	29 3/10	4	295 bz
Berlin. Hand.-Ges.	12⅝	—	4	160½ bz G.
Berl. Lombard-Bk.	5	—	5	90 bz G.
Berl. Makler-Bank	25⅝	11	4	103⅞ bz B.
Berl. Prod.-Makl.-B.	—	8½	5	102¾ bz G
Berl. Wechslerbnk.	12½	—	5	69½ bz G.
Braunschw. Bank	8½	—	4	124¾ B.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	—	4	123⅜ bz
Bresl. Handels-Ges.	—	—	5	95¾ G.
Bresl. Maklerbank	—	—	5	159 bz G
BreslMakl-Ver-Bk.	—	7	5	116½ G.
BrProvWechslerB.	—	—	5	112½ B.
Brsl. Wechslerbnk.	12	—	4	134½ bz
Centr.-Bk. f. Genos.	12	—	4	137 bz G.
CoburgerCred.-Bk.	10¼	—	4	104½ bz G.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	114 G.
Darmst. Creditb.	15	—	4	191¾ bz
Darmst. Zettelbank	6	—	4	113⅛ bz
Dessauer	—	—	fr.	15½ G.
Deutsche Bank	8	—	4	107¾ bz G
DeutscheUnionsbk.	11½	—	4	115 bz G
Disc.-Com.-A.	24	—	4	299½ bz G
Genfer Bank	—	—	fr.	37⅝ bz
Genossensch.-Bnk.	10⅝	—	4	136¼ bz B.
do. junge	—	—	4	130 B.
Gewb.Schusteru.C.	10⅝	—	4	126½ bz
Goth. Grundcred.-B	9	—	4	118½ bz
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	13⅝	4	185⅞ bz G.
do. Vereins-Bk.	11½	13⅝	4	126 bz G.
Hannover'sche do.	—	—	5	110 bz G.
do. Disconto-Bk.	—	—	4	93 et bz B.
Hessische Bank.	—	—	4	90 bz G
Königsberger do.	11	8	5	96 bz G.
Landw.-B.Kwileck	—	—	4	91 bz
Leipz. Credit-Bnk.	11	15	5	185¼ bz G
Luxemburger do.	12	—	4	143⅛ bz B.
Magdeburger do.	5⅘	5¾	4	108 bz G.
Meininger do.	12	—	4	151½ bz G
Moldauer Lds.-Bk.	6	—	4	69½ bz B
Ndrschl. Cassenver.	12	—	4	130 bz G.
Nordd. Grundcr.-B	8	—	4	123 bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10⅝	—	5	102 G.
Oest. Credit-Actien	17⅝	—	5	208⅛ à ⅜ bz
Ostdeutsche Bank	—	—	5	102⅝ bz B.
OstdProducten-Bk	—	—	5	87¾ G.
Posener Bank	6⅘	—	4	112 bz G.
Pos. ProvWechslb.	—	—	4	112 G
Preuss. Bank-Act.	12 3/10	—	4	195½ bz
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	182 bz G.
Pr.Central-Bod.Cr.	9½	—	5	133¼ bz G.
Pr. Credit-Anstalt.	—	24	5	142⅜ bz G
Prov-Wechsler-Bk	—	—	4	87½ bz G.
Sächs. B. 60% I. S.	10	—	4	150¼ bz
Sächs. Cred.-Bank	11	—	4	129 bz G.
Schles. Bank-Ver.	12	—	4	164¾ bz
Schl. Vereins-Bank	—	—	5	109¼ G
Thüringer Bank	9	14	5	134 bz G.
Ver.-Bk. Quistorp.	15	19	5	181½ bz
Weimar. Bank	7	—	4	118 B
WienerUnionbank	—	—	5	152½ bz G.
Berl. Eisenb. Bed.-A	10⅝	—	5	187 B.
Görlitzer do.	0	—	5	75 B.
Oberschles. do.	6	—	5	164¼ bz G
Märk. Schl Masch-G	—	—	5	66⅞ bz G
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	—	5	100 bz G.
Westend, Comm-G.	16	17	5	190¾ bz G
Baltischer Lloyd.	10	—	5	73 bz G.
Bresl. Bierbrauerei	—	—	5	78½ bz
do. verein. Oelfab.	—	—	5	89¾ bz
Bresl. E-Wagenbau	7	—	5	83½ B.
Erdm. Spinnerei.	—	—	5	87¾ bz B
Hoffm's Wagg.Fab.	—	—	5	82 bz G.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	90 B.
do. Porzellan	—	8	5	108 bz G.
Schl. Leinenindust.	10	—	5	108¾ B.
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	104¾ G
do. Wagenb.Anst.	—	—	5	93¾ bz
Donnersmarkhütte	—	—	5	100⅞ bz G
Königs- u. Laurab.	21¼	—	5	264½ bz G
Lauchhammer	—	—	5	116¾ bz G.
Marienhütte	—	—	5	134¾ bz G
Minerva	—	11	5	20¾ G.
O.Schl Eisenwerke	—	11	5	98 bz B.
Redenhütte	—	10	5	124⅜ bz
Schl. Kohlenwerk	—	—	5	122¾ bz G.
Schles. Zinkh.-Act.	6	—	5	114¼ bz G
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	114¼ bz G
Tarnowitz. Bergb.	9	—	fr.	314½ bz
Hyp.Pfdb.d.Pr.Bod	—	—	fr.	102½ bz
Pomm.Hyp.-Briefe	—	—	5	102 bz
Goth.Präm.-Pfndb.	—	—	5	106 bz
MeiningerPrämPfb.	—	—	4	95½ bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	—	4	101 B.
Schles. Feuervers.	20	—	4	132 B.

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 6. März, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 57, 20. Anleihe de 1871 89, 40. Anleihe de 1872 91, 17½. Italienische 5procentige Rente 65, 90. dto. Tabaks-Actien —, —. Franzosen (gestplt.) 776, 25. do. neue —, —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien —, —. Oesterr. Nordwestb. —, —. Lombard. Eisenbahn-Actien 437, 50. dto. Prioritäten 256, 75. Türken de 1865 55, 27. do. de 1869 340, 00. Türkenloose 180, 00. Neueste türkische Loose — —. 6procent. Ver. St. pr. 1882 (ungest.) —. Goldagio —. Matt.

London, 6. März, 4 Uhr Nachmittags. Consols 92 11/16. Spanier —, —. Italienische 5procentige Rente 64⅞. Lombarden 17 5/16. Mexikaner —. 5procent. Russen de 1822 93⅝. 5procentige Russen de 1864 98. Silber 59 13/16. Nordd. Schatzscheine —, —. Französische Anleihe Morgan —. —. Türk. Anleihe de 1865 54 7/16. 6procent. Türk. Anleihe de 1869 66 5/16. 9pCt. Türken-Bonds —. 6proc. Verein. St. pr. 1882 92¼.

Frankfurt a. M., 6. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Berl. Wechsel 105. Hamb. Wechsel 105. Lond. Wechsel 118⅝. Pariser Wechsel 93⅛. Wiener Wechsel 107⅜. Franzosen alte*) 359½. do. neue 314. Hessische Ludwigsbahn 175¼. Böhmische Westbahn 257¼. Lombarden*) 199½. Galizier*) 244¾. Elisabethbahn 264¼. Nordwestbahn 233¾. Elbthal 198½. Gotthardbahn 104¼. Oberhessen 76⅝. Albrechtsbahn-Actien 176½. do. Prioritäten 83¾. Oregon 35. Creditactien*) 365. Bayr. Prämien-Anleihe 113⅝. do. Mil.-Anleihe 101½. Neue Badische 104. 1872er russisch-engl. Anleihe vollbez. 90 do. nicht vollbez. — —. Russ. Bodencred. 91¼. Neue Russen 90 Türken 52½. Silberrente 68⅜. Papierrente 66⅜. Minden-Loose 96⅛. 1860er Loose 97⅛. 1864er Loose 175¼. Ungarische Anleihe 78 do. Loose 112¼. Raab-Grazer Loose 84⅞. Böhmischer 86⅝. Bundes-Anleihe —. Amerikaner de 1882 95⅝. Darmstädter Bankactien 475. Meininger Bank 152 Dresd. B. 106½. Schuster-Gewerbebank —. Süddeutsche Bodencredit 109¼. Deutsch-österreichische Bank 128⅞. Ital.-deutsche Bank —. Oesterr. Nat.-Bank 1053. Franz.-ital. Bank 89⅜. Central-Pfandbr. 97⅜. Prov.-Disc.-Gesellsch. 177. Brüsseler Bank 117. Berl. Bankverein 159. Leipziger Vereinsbank 94½. Frankf. Bankverein 165. dto. Wechslerbank 106¼. Centralbank 113½. Antwerpener Bank 107⅛. Englische Wechslerbank —. Baltischport 87¼. Newyork. 6proc. Anl. 94¾. South Eastern 68⅜. Kontinental-Eisenbb. 119 9/16. Hahn Effectenbank 135. Wiener Unionbank — — Frankfurter Baubank 106⅜. Rjäshsk-Wjäsma Eisenbahn 87.

Matt. Braunau-Straßwalchener Stamm-Actien 175½, dto. Prioritäten 79½. — Nach Schluß der Börse: Creditactien 365. Franzosen 359¾. Lombarden 199½. Silberrente 68 7/16.

*) pr. medio resp. pr. ultimo

Frankfurt a. M., 6. März, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95⅝. Creditactien 365, 25. 1860er Loose 97. Staatsbahn 359, 75. Franzosen —. Lombarden 200⅜. Galizier 244, 75. Silberrente 68, 09. Papierrente —. Hahn'sche Effectenbank —. Deutsch-Oesterr. Bank —. Provinzialdisc. 176, 75. Nordwestbahn —. Continental-Eisenbahnbau 119⅝. Bankactien 1055. Nationalbank —. Meininger —, —. Frankf. Wechslerb. —. Kauflust.

Dresden, 6. März, Mittags. Credit 208¼. Lombarden 113⅝. Silberrente 68½. Sächsische Creditbank 128⅝. Sächsische Bank (alte) 150¼. do. (junge) 145½. Leipziger Credit 185¼. Dresdener Bank 106⅝. Dresdener Wechslerbank 120½. Dresdener Handelsbank 100½. Sächsischer Bankverein 108¼. Oesterr. Noten 92⅛. Lauchhammer 117¼. — Geschäftslos.

Hamburg, 6. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. Thaler —. Hamburger Staats-Prämien-Anl. 101¾. Silberrente 68⅝. Oesterr. Credit-Act. 313¼. Oesterr. 1860er Loose 97¼. Nordwestb. 500. Franzosen 771. Raab-Grazer Loose 85. Lombarden 429. Italienische Rente 64¾. Vereins-Bank 125¾. Hahn'sche Effectenbank 137¼. Commerzbank 127½. Nordd. Bank 186. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 177. Anglo-deutsche Bank 116¾. do. neue 111. Dänische Landmannbank 103. Dortmunder Union 190. Wiener Unionsbank — —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 127½. 1866er Russische Prämien-Anleihe 127¼. Amerikanische de 1882 91⅝. Disconto 3¾ pCt. Laurahütte 266. — Schluß besser.

Hamburg, 6. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine fest. Roggen loco still, auf Termine fest. Weizen pr. April-Mai 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 251 Gd., pr. Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 251 Br., 250 Gd., pr. Juli-August 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 245 Br., 244 Gd. — Roggen pr. April-Mai 1000 Kilo netto 159 Br., 158 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 159 Br., 158 Gd., pr. Juli-August 1000 Kilo 159 Br., 158 Gd. — Hafer und Gerste still. — Rüböl still, loco 36, 00, pr. Mai 23¾, pr. October pr. 200 Pfd. 71. — Spiritus matt, pr. 100 Liter 100 pCt. pr. März 43½, pr. April-Mai 44⅝, pr. Juli-Aug. 46. — Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 17½ Br., 17¼ Gd., pr. März 16½ Gd., pr. August-December 17, 80 Gd. — Wetter: Trübe.

Hamburg, 6. März, 8 Uhr 30 Min. [Abendbörse.] Oesterr. Silberrente 68½. Franzosen —, —. Lombarden 429, 50. Italiener — —. Nordwestbahn —. Anglo-deutsche 116, 75. Amerikaner 91⅝. Oesterr. Creditactien 313, 50. Oesterr. Staatsbahn 772, 50. Hamburger Commerz.- und Discontobank 127, 50. Rhein. Eisenb.-St.-Actien —. Bergisch-Märkische —. Köln-Mindner —. Laurahütte 267. Dortmunder 191, 25. Fest.

Liverpool, 6. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 18,000 Ballen, davon 16,000 B. amerikanische, 2000 B. brasilianische.

Liverpool, 6. März, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Ruhig.

Middl. Orleans 9 15/16 middl. amerikanische 9 11/16 fair Dhollerah 6 11/16 middl. fair Dhollerah 6⅛, good middl. Dhollerah 5⅝, middl. Dhollerah 4⅝, fair Bengal 4⅜, fair Broach —, new fair Domra 7⅛, good fair Domra 7⅝, fair Madras —, fair Pernam 10⅜, fair Smyrna 8, fair Egyptische 10¼.

Köln, 6. März, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen matt, hiesiger loco 8, 10, fremder loco 8, 7½, pr. März 8, 12, per Mai und pr. Juli 8, 13, pr. Novbr. 7, 25. — Roggen behauptet, loco 5, 7½, pr. März 5, 5½, pr. Mai 5, 9, pr. Juli 5, 11, pr. November 5, 13. — Rüböl fester, loco 12 6/10, pr. Mai und pr. October 12½. — Wetter: Schön.

Paris, 6. März, Nachmitt. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. März 94, 75, pr. März-April —, —, pr. Mai-Juni 94, 00, September-December 93, 75. Mehl ruhig, pr. März 72, 25, pr. April 72, 25, pr. Mai-August 73, 00. — Spiritus pr. März 53, 50. — Wetter: Veränderlich.

Antwerpen, 6. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig. Roggen fest, französischer 19. Hafer steigend, inländischer 18½. Gerste behauptet.

Antwerpen, 6. März. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß, loco 44 bez. und Br. pr. März 43½ bez. und Br., pr. April 43 Br., pr. Septbr. 44½ bez. und Br., pr. September-Decbr. 45 bez., 45½ Br. — Ruhig.

Amsterdam, 6. März, Nachm. 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Schlußbericht.) Weizen pr. Mai 356, pr. October 343. — Roggen pr. März 183½, pr. Mai 189½, pr. October 196½.

Bremen, 6. März. Petroleum, Standard white loco 17 Mk. 25 Pf. bez. und Käufer.

[**Concert.**] Ueber die gegenwärtig im Schießwerder concertirende österreichische Capelle schreibt die „Staatsbürger-Zeitung": Augenblicklich concertirt hier ein aus ausgesuchten Künstlern der österreichischen Militär-Capellen zusammengesetztes Musikcorps unter Leitung des Musikmeisters Matouscheck und unter Mitwirkung eines Flötenconcertisten aus dem Prager Institut, auf deren Leistungen wir das musikliebende Publikum besonders aufmerksam machen wollen. Der Vortrag der in ihrer Local-Uniform auftretenden Capelle — ihr erstes Concert fand am 3. d. M. im Eiskeller statt — ist sehr exact, und besonders charakteristisch bei der Wiedergabe ungarischer Weisen; der Flötist, ein Blinder, ist Virtuose auf seinem Instrument.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.